

# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

01. 2019

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

2,90 EURO



MAKE EUROPE  
GREAT AGAIN

**Jugend.Macht.Europa.**



# Warum wir die Grundrechte brauchen

»Es gibt etwas zu verteidigen, was jedem Menschen nützt: Staatsferne, Privatheit, Selbstbestimmung«

*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*



208 S., HC mit  
Schutzumschlag  
€ 18,00 [D]  
ISBN 978-3-8062-3891-4

**wbg** Wissen  
Bildung  
Gemeinschaft

[wbg-wissenverbindet.de](http://wbg-wissenverbindet.de)



# Europa stärken

**E**uropa ohne Emotionen? Ausgerechnet in Großbritannien konnten wir jüngst erleben, was Europa an **Emotionen** freisetzt: Über eine Million Menschen gingen auf die Straße, um gegen den Brexit und für ein zweites Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union zu demonstrieren. Über fünf Millionen Briten unterschrieben eine entsprechende Petition. Vor allem junge Briten sehen ihre Zukunft in der EU: Von den Menschen, die beim Brexit-Votum im Juni 2016 noch nicht wahlberechtigt waren, es aber jetzt sind, würden heute fast 90 Prozent gegen den Brexit stimmen.

All dies ist ermutigend. Es steckt wohl doch noch **viel Kraft in dem großen europäischen Projekt**. Aber es ist nicht nur auf den Britischen Inseln höchst gefährdet. In Italien regiert eine Koalition aus Populisten und Nationalisten, die jede Gelegenheit nutzt, die EU für ihre selbst geschaffenen Probleme verantwortlich zu machen. In Ungarn verbreitet Viktor Orbán gezielt antisemitische, europafeindliche Propaganda. Die polnische PiS-Partei unterminiert den Rechtsstaat und befindet sich deshalb im juristischen Dauerclinch mit der EU.

Klar ist: Die **Europawahlen** im Mai sind Schicksalswahlen für die Zukunft der Europäischen Union. Überall schüren die Populisten irrationale Ängste und versuchen, die offene Gesellschaft im Nerv zu treffen.

Dieses Heft hält dagegen. Es will einen Beitrag leisten, die zukunftsweisende Seite der Europäischen Union wieder in den Vordergrund zu rücken. Junge Europäerinnen und Europäer kommen zu Wort, um uns ihre Sicht auf Europa darzustellen. Denn die Zukunft der Europäischen Union ist vor allem die Zukunft der jungen Menschen in Europa. Freuen Sie sich daher auf Beiträge von und mit der Schriftstellerin **Nora Bossong**, dem Rapper und Autor **Ben Salomo** und den Künstlern unseres Comicwettbewerbs *Animate Europe*. Unsere Stipendiatin **Hend Taher** berichtet von ihrem Doppelleben mit und ohne Kopftuch. Und wir präsentieren Ihnen die Initiative **#ClapForCrap**, mit der sich Jugendliche für die offene Gesellschaft einsetzen können.

Übrigens: Mit diesem Heft wird *liberal* 50 Jahre alt – das erste Heft erschien im Frühjahr 1959, ein Jahr nach der Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Ihr Karl-Heinz Paqué



**Karl-Heinz Paqué,**  
Herausgeber und  
Vorsitzender des  
Vorstands der Friedrich-  
Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

# Inhalt

## 3 Editorial //

## 6 Kurz notiert //

News und Berichte

## SCHWERPUNKT

### 10 Engagement statt Anpassung //

Die Generationen Y & Z wissen die Europäische Union zu schätzen. Für die Vorzüge engagieren sie sich leidenschaftlich

von **Anders Mertzluft**

### 12 Jugend. Macht. Politik. //

Was denken junge Menschen über Europa? Eine Reportage gibt Einblicke und Aussichten

von **Thomas Luther**

### 16 Animate Europe //

Junge Nachwuchskünstler zeichnen die Zukunft der EU. Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat einen Wettbewerb dazu initiiert

von **Florian Flicke**

### 18 Die junge Generation wird Europa prägen //

Wofür steht Europa? Die Jugend wird ihre eigene Antwort darauf geben müssen

von **Nora Bossong**

### 20 Bilder eines Protestes //

Überall in Europa sind die Bürger gegen das neue Urheberrecht und Artikel 13 auf die Straße gegangen

# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

01//2019

## GESELLSCHAFT

### 22 China – auf dem Weg zum Überwachungsstaat //

Die Volksrepublik arbeitet mit Big Data, um ihre Bürgerinnen und Bürger zu erziehen

von **Anna Marti**



### 24 Ökonomisierung total //

Die moderne Medizin kennt immer mehr Möglichkeiten. Das wirft ethische Fragen auf

von **Thomas Straubhaar**

### 26 Aufstieg der Frauen //

Fünf provokante Thesen zur Debatte über Frauen in der Politik

von **Malliga Och**

### 28 KI – Chance oder Selbstabschaffung des Menschen? //

„Wir überzeichnen die Gefahren.“

Interview mit **Christin Schäfer**

### 30 Leben mit und ohne Kopftuch //

Ein Leben zwischen Berlin und Kairo

von **Hend Taher**

### 32 Kolumne SLS //

Facebook zerschlagen

von **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**



## WIRTSCHAFT

### **34 Smarte Landwirtschaft braucht 5G //**

Deutschland benötigt flächendeckend ein schnelles Datennetz. Doch die Politik vergisst die Provinz

**von Florian Flicke**

### **36 ifo-Studie //**

Warum eine erfolgreiche Reform von Hartz IV an den Hinzuverdienstgrenzen ansetzen sollte

**von Annett Witte**

### **37 Liberales Bürgergeld //**

Die Liberalen haben ein klares Konzept, um den Sozialstaat auf neue Beine zu stellen

**von Pascal Kober**

### **38 Wohnungsmarkt //**

Wie der Staat die Mieten nach oben treibt und für Wohnungsnot sorgt

**Interview mit Barbara Ettinger-Brinckmann**

### **40 Marktplatz //**

Karen Horn über die Ungerechtigkeit der Grundrente

### **41 Europas Energiemarkt //**

Eine Chronik vom Staatsmonopol zur Liberalisierung

### **42 Kolumne PQ //**

Monopolkapitalismus - eine neue Mode in Europa?

**von Karl-Heinz Paqué**



## KULTUR



### **44 Antisemitismus //**

„Der Druck auf Juden nimmt jeden Tag zu.“

**Interview mit Ben Salomo von Christoph Giesa**

### **46 Fundstück //**

Acht Anmerkungen zum Populismus des visionären Liberalen

**von Ralf Dahrendorf**

### **48 Standort //**

Paul Collier plädiert für sozialen Kapitalismus

**von Karl-Heinz Paqué**

### **49 Mediencheck //**

Bücher, Podcasts und Filme

### **50 Buchvorstellung:**

„Angst essen Freiheit auf“ //

Appell für den Schutz unserer Grundrechte

**von Gerhart R. Baum**

### **51 Update //**

Bessere Ergebnisse in der Schule durch mehr Spaß am Lernen

**von Sonja Ganguin**

### **52 Vor Ort //**

Südafrika vor den nächsten Parlamentswahlen

**von Stephen Grootes**

### **56 Termine //**

Wichtiges auf einen Blick

### **56 Impressum**

### **58 1:10 //**

Zehn Fragen an Ria Schröder

## 50 Jahre sozial-liberale Koalition



Wegbereiter der sozialliberalen Koalition:  
Walter Scheel (links) und Willy Brandt

Land auf. Sie lösten, unter Gefährdung der eigenen Existenz, die nach 20 Jahren „CDU-Staat“ und Großer Koalition (damals wirklich noch eine „große“) unübersehbaren Verspannungen, Verkrampfungen und Verkrustungen. Ein wirkliches „Projekt“ für Freiheit und Demokratie nahm damals

**D**aran muss man heute erinnern: Ja, es war die FDP, oder eben die F.D.P., die den gewaltigen gesellschaftlichen Wandel Ende der 60er-Jahre und in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts ermöglichte. Mit dem von Arnulf Baring so meisterhaft beschriebenen „Machtwechsel“ 1969 nahmen die Liberalen vor 50 Jahren die Stimmung im

seinen Anfang und hielt dreizehn Jahre lang, bis 1982. Dass es dann wiederum eine „Wende“ der FDP war, die die ins Stocken geratenen politischen Verhältnisse erneut ins Laufen brachte, blieb nicht ohne Anfeindungen und Verletzungen. Aber: Nichts in der Geschichte ist vorbestimmt, Veränderung braucht Mut – auch daran muss man heute erinnern. **Thomas Volkmann**

## Rumänien: Fortschritte und Rückschläge



Die erste Premierministerin ihres Landes und nun auch Ratspräsidentin der EU: Viorica Dăncilă, hier an der Seite von Kommissionschef Jean-Claude Juncker.

Rumäniens EU-Ratspräsidentschaft wird von den Brexit-Verhandlungen dominiert. Trotzdem mache man Fortschritte, gerade in der Vorbereitung des mehrjährigen Finanzrahmens von 2021 bis 2027, sagt Premierministerin Viorica Dăncilă. Rumänien treibt den Beitritt zum Schengen-Raum voran. Aufgrund von Bedenken gegenüber Rumäniens Rechtsstaatlichkeit blockieren dies bislang einige Mitgliedsstaaten. Bei den Themen Rechtsstaatlichkeit und Korruption tobt ein offener Konflikt zwischen Präsident Klaus Johannis und der Regierung. So versucht die Regierung, die Ernennung der ehemaligen rumänischen Antikorruptionschefin Laura Codruta Kovesi zur EU-Generalstaatsanwältin zu verhindern. **Antonia Eser-Ruperti**

## AfD macht Werbung für FNF-Kampagne

**Warum die #ClapForCrap-Kampagne gegen Diskriminierung und Intoleranz notwendig ist? Die Antwort hat ausgerechnet die AfD gegeben.**

Die Rechtspopulisten deuteten eine von der Friedrich-Naumann-Stiftung beauftragte Forsa-Umfrage für ihre Zwecke drastisch um. Am Umgang mit den Ergebnissen der repräsentativen Umfrage zum Thema „Toleranz und Vielfalt“ lassen sich Strategien der Desinformation beobachten. Die Hälfte aller jungen Menschen würde sich nicht mehr trauen, ihre Meinung frei zu äußern – das postete die AfD als Reaktion auf die Umfrageresultate bei Facebook. Was die AfD nicht erwähnte:

Drei Viertel aller Befragten haben Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht. Mehr als zwei Drittel gaben an, dass Diskriminierungen aufgrund der Herkunft oder des Aussehens in den vergangenen Jahren zugenommen hätten. Die Ergebnisse spiegeln die Sorge junger Menschen um die Demokratie wider. Ein Drittel der jungen Erwachsenen hat den Eindruck, dass die Demokratie in Deutschland bedroht sei. Auch die Themen Rechtspopulismus, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie waren Teil der Umfrage – und wurden von den Marktschreibern der AfD völlig ignoriert. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass zu viel über Flüchtlingspolitik diskutiert werde. Relevantere politische Themen blieben dabei auf der Strecke. Fast alle Befragten unterstützten die Aussage, dass ehrenamtliches Engagement ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sei. Ergebnisse, die optimistisch stimmen – und der Politik rechtspopulistischer Parteien diametral gegenüberstehen. Kein Wunder, dass die AfD keines dieser Ergebnisse zitierte.

Die Umfrage zeigt: Herkunft, Religion und Sexualität sind oft Anlass für Diskriminierung. #ClapForCrap setzt ein Zeichen gegen Intoleranz und für die offene Gesellschaft. Das Hashtag bietet der Zielgruppe im digitalen Raum vielfältige Möglichkeiten. Analog kann man den Slow Clap bei ganz realen Begegnungen anwenden und eigene Erfahrungen auf Instagram teilen. **Jordi Razum**



## Stiftungsmitarbeiter in der Türkei vor Gericht

Die fehlende Meinungsfreiheit wurde wieder einmal einem deutschen Staatsangehörigen in der Türkei zum Verhängnis. 2018 hatte der FNF-Mitarbeiter Aret Demirci den türkischen Präsidenten Erdogan kritisiert, indem er ein bekanntes Wortspiel aus den sozialen Medien aufgriff. Recep Tayyip Erdoğan „başcalan“ (in einer sinngemäßen Übersetzung „Obergauner“) zu nennen, klingt ähnlich wie „başbakan“ – Ministerpräsident. 2013, als das Wortspiel bekannt wurde, bekleidete Erdogan noch dieses Amt. In der Wahlnacht des 24. Juni 2018 verwendete Aret Demirci das Wortspiel, um nur wenige Stunden später verhaftet zu werden. Demirci kam zwar am nächsten Tag frei, durfte aber bis vor Kurzem das Land nicht verlassen. Nun steht er am Bosphorus wegen Präsidentenbeleidigung vor Gericht. In der ersten Gerichtsverhandlung Mitte März verwies der Anwalt von Aret Demirci darauf, dass der Straftatbestand der Präsidentenbeleidigung gar nicht gegeben sei. Erdogan sei im Wahlkampf als Parteivorsitzender aufgetreten. Pikant an dem Verfahren ist, dass der Rechtsanwalt von Demirci, Veysel Ok, selbst angeklagt wurde. Veysel Ok erhält im Frühjahr 2019 den Thomas-Dehler-Preis der liberalen Stiftung in Bayern. Der Prozess wurde direkt zu Beginn vertagt und soll im Herbst fortgesetzt werden. **Anders Mertzlufft**

# 7.493

**Britinnen und Briten**

**entschieden sich 2017 für die deutsche Staatsbürgerschaft.**

**2009 waren es gerade mal 260 Passwechsler.**

**Mit dem So-oder-so-Brexit dürfte die Zahl nochmals kräftig steigen.**

Quelle: Statistische Bundesamt, Wiesbaden



US-Außenminister Mike Pompeo war einer der ersten Staatsgäste aus dem Ausland, der Raya Al Hassan Mitte März persönlich in Beirut gratulierte.

## Erste Innenministerin der arabischen Welt

Raya Al Hassan ist als erste Innenministerin der arabischen Welt im Libanon vereidigt worden. Eine historische Berufung, denn der Frauenanteil in arabischen Parlamenten ist gering. Ministerinnen sind vornehmlich in „weichen Ressorts“ wie Bildung oder Familie zu finden. Al Hassan ist ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung und arbeitete zuvor unter anderem für die Weltbank. Sie muss sich nun in einem Land beweisen, das mit vielfältigen Problemen zu kämpfen hat: Syrienkrieg, Hizbollah, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit. Der politischen Frustration will Al Hassan entgegenwirken. Als eine erste Amtshandlung ließ sie Straßensperren entfernen, die einst als Sicherheitsmaßnahme gedacht waren. Symbolisch soll die Entfernung der Betonklötze Barrieren aufheben und Politik und Bevölkerung einander annähern – getreu ihrer Maxime: „Die Welt muss eine Politik verfolgen, die Zusammenarbeit, Offenheit, die Gleichstellung der Geschlechter und wirtschaftliche Freiheit befürwortet.“ **Dirk Kunze**



## Verbot der Menschenrechtsarbeit in Tschetschenien

## Der Fall Ojub Titijew

Die Verurteilung des Menschenrechtsaktivisten Ojub Titijew symbolisiert das Ende der Menschenrechtsarbeit in Tschetschenien – der autoritär regierten Kaukasusrepublik im Süden Russlands.



Vier Jahre Arbeitslager wegen angeblichen Marihuana-Besitzes: Das jüngst verhängte „Urteil“ gegen den Menschenrechtsaktivisten Ojub Titijew ist eine Farce. Titijew hatte seit der Jahrtausendwende die mannigfaltigen Menschenrechtsverstöße in seiner Heimatrepublik Tschetschenien dokumentiert.

Vor wenigen Wochen wurde Ojub Titijew, der Leiter der Menschenrechtsarbeit des Stiftungspartners Memorial in Tschetschenien, zu vier Jahren Haft im Arbeitslager verurteilt. Die Verurteilung Titijews, der 2018 für den Boris-Nemtsov-Preis nominiert wurde, erfolgte formal wegen des Besitzes von Marihuana, das ihm nach eigenen Aussagen untergeschoben wurde. Laut Titijews Anwälten steht hinter seiner Verurteilung jedoch viel mehr eine symbolische Bestrafung seiner Dokumentation von Menschenrechtsverstößen in Tschetschenien. Das Urteil zeigt die Zerrissenheit des russischen Staates im Umgang mit der immer totalitär regierten Kaukasusrepublik.

Titijew hatte seit 2000 für Memorial Menschenrechtsverstöße in seiner Heimatrepublik Tschetschenien dokumentiert, auch während der blutigen Pogrome gegen

Homosexuelle in Tschetschenien 2017. Darüber hatte der liberale LGBTI-Aktivist Yuri Gualaia für die ALDE-Partei berichtet.

### Wie reagiert Russland?

Ramsan Kadyrow, Präsident der Teilrepublik Tschetschenien, wurde von westlichen Staaten für die Verhaftung, Folter und den Mord an homosexuellen Männern in Tschetschenien verantwortlich gemacht und mit Sanktionen belegt. Als Reaktion kündigte er an: „Wenn ich nicht nach Europa und in den Westen kann, sage ich, dass deren Mitarbeiter, die sich selbst Menschenrechtsaktivisten nennen, kein Recht mehr haben, in mein Territorium zu reisen.“ Während Menschenrechtsorganisationen auch in anderen Regionen Russlands wachsendem Druck ausgesetzt sind, widerspricht ein solches Generaleinreiseverbot russischer Regierungspolitik.

2015 hatte Ramsan Kadyrow deutlich gemacht, wie wenig er von jeglichem Eingriff russischer Behörden in seiner Region hält, als er nach einem Präzedenzfall den Schießbefehl auf Angehörige russischer Sicherheitsorgane, „egal ob aus Moskau oder Stawropol“, gegeben hatte. Im Anschluss verkündete er zwar seine persönliche Loyalität gegenüber Wladimir Putin, das Verhältnis zu anderen russischen Behörden blieb aber angespannt. Nach dem Mord an Boris Nemtsov im Februar 2015 hatte Kadyrow angeboten zurückzutreten, nachdem bekannt geworden war, dass die überführten Killer aus seinem näheren Umfeld stammen. Er behielt im Endeffekt jedoch seine Position, und der Mord an Boris Nemtsov bleibt bis heute ungesühnt.

Beobachter aus der russischen Menschenrechtsgemeinschaft vermuten, dass die gegen Titijew verhängte Strafe von vier Jahren in einem Arbeitsstraflager, mit der Möglichkeit auf Entlassung nach einem Drittel der Zeit, auf einen Konflikt innerhalb der Behörden zurückzuführen ist. Das Gericht wollte unter internationalem und Moskauer Druck keine zu hohe Strafe verhängen, durfte aber keinen Gesichtsverlust gegenüber den tschetschenischen Behörden mit einem Freispruch zulassen.

Die Ansprüche des russischen Staates, sein Recht durchzusetzen, treffen auf die Autonomieansprüche der immer totalitärer regierten Teilrepublik Tschetschenien. Es bleibt abzuwarten, wie lange dieser Konflikt weiter so verhältnismäßig glimpflich ausgehen kann. Einige Beobachter sehen Tschetschenien gar als „Vorreiter“ für andere russische Regionen in Hinblick auf immer totalitärere Durchsetzung von Unterdrückungsmechanismen. Auch wenn Ojub Titijew vergleichsweise milde bestraft wurde, bedeutet sein Fall ein deutliches Signal, das einem Verbot der Menschenrechtsarbeit in Tschetschenien gleichkommt. **Julius Freytag**

# SCHWERPUNKT



## Engagement statt Anpassung

Die junge Generation weiß, was sie an der Europäischen Union hat. Für die Vorzüge der Gemeinschaft geht sie auch auf die Straße.

**// Seite 10**



Junge Menschen setzen auf Europa. Aber sie haben konkrete Vorstellungen davon, was sich in der Gemeinschaft ändern muss.

**// Seite 12**

JUGEND.  
MACHT.  
POLITIK.

## Die junge Generation wird Europa prägen.

Über Europa wird derzeit viel geredet und gestritten. Die Jugend muss ihr eigenes Narrativ vom Kontinent finden, meint die Schriftstellerin **Nora Bossong**. **// Seite 18**



**Animate Europe** Nachwuchskünstler haben sich im Rahmen eines Wettbewerbs Gedanken über die Zukunft Europas gemacht. Drei Finalisten im Porträt. **// Seite 16**



**Artikel 13** Der Protest gegen die Reform des Urheberrechts hat Europas Jugend gemeinsam auf die Straßen gebracht. Ein Streifzug in Bildern von den Demonstrationen. **// Seite 20**

# Engagement statt Anpassung

Die Situation in Europa ist besser, als es die vielen negativen Schlagzeilen glauben machen. Gerade junge Menschen sind sich der Vorteile bewusst, die ihnen die Europäische Union bietet. Das drücken sie auch aus – indem sie Bürgerrechtsinitiativen gründen, auf die Straße gehen und für ihre Interessen genauso wie für den europäischen Zusammenhalt demonstrieren.

Anders Mertzlufft

**E**uropa befindet sich unmittelbar vor dem Kollaps: Diesen Eindruck kann erhalten, wer die aktuelle politische Entwicklung verfolgt. Schon heißt es, wir näherten uns Weimarer Verhältnissen – nicht nur in Deutschland. Die politische Situation erinnere an die Zwanzigerjahre. Das Erstarken von Populismus und Nationalismus macht vielen Menschen Angst. Überall in Europa haben populistische und nationalistische Parteien Fuß gefasst. In Italien, einem der Gründerländer der Europäischen Union, regiert die rechte, nationalistische Lega Nord mit der linken, europaskeptischen Fünf-Sterne-Bewegung. Rechts- und Linkspopulisten eint, dass sie mit den europäischen Grundwerten nicht viel am Hut haben. In Ungarn geriert sich Viktor Orbán als antidemokratischer Demagoge. Und ob sich Großbritannien wohl je von den Brexit-Wunden erholen wird? Dass die Europawahlen in diesem Mai deutlich mehr Interesse wecken als je zuvor, ist bei so vielen schlechten Nachrichten kein Wunder. Es gibt aber auch eine gute Nachricht: Es sind eine ganze Reihe von Entwicklungen zu beobachten, die für eine demokratische und liberale Zukunft Europas sprechen.

Wie erfolgreich die EU politisch ist, zeigt zum Beispiel, dass die rechtspopulisti-

sche polnische Regierung unter dem Druck der anderen Mitgliedsstaaten eingelenkt hat und sich bei ihrer Justizreform in die richtige Richtung bewegt. Die italienische Regierung hat sich im langen Streit um das geplante Haushaltsdefizit nicht gegen die EU-Kommission durchgesetzt. Und in den Brexit-Verhandlungen demonstrieren die 27 anderen EU-Staaten gegenüber Großbritannien eine ganz neue Einigkeit.

Genau daran stören sich die Populisten und Nationalisten. Sie wünschen sich eine Rückkehr zum Europa der Nationalstaaten ohne den supranationalen Einfluss der EU. Ihre Kernthese ist schlicht: Die EU bringe den Bürgern mehr gesellschaftliche und finanzielle Lasten als Vorteile. Wie gut ging es den Menschen früher, als sie noch souveräne Bürger waren und über ihr eigenes Schicksal entscheiden konnten!

## Gemeinschaft steht für Freiheit

Die meisten jungen Europäer fallen auf solche Behauptungen nicht herein. Kein EU-Bürger unter 30 Jahren kann sich an eine Zeit ohne die EU erinnern. Deren freiheitliche Grundwerte sind für die junge Generation selbstverständlich. Wer heute 18 Jahre alt ist, hat nie Krieg in der EU erlebt, wurde nie für die Äußerung seiner Meinung inhaftiert, erlitt nie staatliche Verfolgung aufgrund seiner Sexualität.

Die jungen Europäer sind sich dieser Vorteile bewusst. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov aus dem zurückliegenden Jahr zeigt: Im Fall eines Referendums im eigenen Land über die EU-Mitgliedschaft würden 71 Prozent der befragten jungen Erwachsenen (16 bis 27 Jahre) für einen Verbleib stimmen. Diese große Zustimmung zur EU ist ein Ausdruck des politischen, wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Zusammenwachsens der Gemeinschaft. Schengen-Raum, Zollfreiheit, Eurozone, Arbeitsfreizügigkeit, Bologna-Prozess: Die Generationen Y und Z nehmen die Welt anders wahr als die Babyboomer. Und sie zeigen es auch.

So gründen viele junge Menschen Bürgerrechtsinitiativen und demonstrieren für den europäischen Zusammenhalt. Sie gehen massenweise auf die Straße – auch gegen eine europäische Gesetzgebung, die ihre eigenen Interessen zu zerstören droht. Die Debatte um die jüngste Urheberrechtsreform aus Brüssel zeigt, dass die Zeit der rein politologischen und technokratischen Europadebatte vorbei ist. Gewiss ist die EU eine „politische Ordnung der eigenen Art“, wie Wissenschaftler sie jahrelang beschrieben haben, und man wird sich weiter den Kopf zerbrechen, ob es ein europäisches Volk geben kann. Und dennoch ist die EU viel mehr als nur ein Labor der transnatio-





Der britischen Jugend reicht es: Sie geht auf die Straßen, um ihre Zukunft zu retten. Rund 60 Prozent der über 60-jährigen Briten stimmten 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union. Unter den 18- bis 24-Jährigen votierten dagegen überragende 70 Prozent gegen den Brexit.

## Junge Europäer fallen nicht auf populistische Behauptungen herein.

---

nen Verflechtung. Sie hat eine eigene Dynamik entfaltet. Was wir derzeit an Konfliktlinien, Debatten und Kontroversen um konkrete europäische Gesetzgebung beobachten, sind Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozesses.

### Gesellschaft ist zerrissen

Lässt sich die Europaskepsis oder EU-Feindlichkeit der Populisten und Nationalisten vielleicht damit erklären, dass ihre Klientel anderen Altersklassen angehört? Erleben wir also einen Generationenkonflikt? Es sieht danach aus. Umfragen unmittelbar vor dem Brexit-Referendum 2016 zeigten: In der Generation 60+ stimmten rund 60 Prozent der Briten für einen Austritt aus der EU. In der Gruppe der Befragten zwischen 18 und 24 Jahren votierten mehr als 70 Prozent gegen den Brexit.

Aber das Bild ist nicht schwarz-weiß, es gibt Zwischentöne. Der zitierten YouGov-Umfrage zufolge hält immerhin jeder zweite Befragte das politische System der EU für reformbedürftig. Die Europäische Union findet Unterstützung und wird verteidigt, weil sie als historisches Friedensprojekt, aus den Trümmern eines vom Krieg zerrütteten Europas entwickelt, in aller Welt einmalig ist. Sie wird auch verteidigt, weil die Bürger längst in der Lebenswirklichkeit zusammengewachsen sind. Nur ist eben politischer Stillstand Gift für eine demokratische Gesellschaft.

Deswegen müssen die demokratischen Kräfte in den anstehenden Europawahlen stark bleiben. Sonst diktieren Populisten und Nationalisten das künftige politische und gesellschaftliche Geschehen. Wer heute jung ist, wäre davon am stärksten betroffen. ●



# Jugend. Macht. Politik.

Welches Verständnis haben junge Europäer von Macht und Politik? Was ist ihnen für die Zukunft wichtig? Viele setzen sich für europäische Werte ein. Und sie haben konkrete Vorstellungen, was passieren muss, damit die Union mehr Akzeptanz findet.

Thomas Luther

**D**iskutieren, debattieren, streiten – für Bálint Gyévai sind das Ur tugenden der Demokratie. „Die Menschen in Europa suchen jedoch nach Möglichkeiten, diese Tugenden zu pflegen und Ideen auszutauschen“, beobachtet der 24-Jährige. „Dafür gibt es häufig zu wenige Gelegenheiten. Das wollten wir ändern.“ Gyévai, damals noch Student, hat daher im vergangenen Herbst zusammen mit anderen das erste Jubel-Festival in Brüssel organisiert. „Wir wollten ein Forum bieten, bei dem Menschen mit unterschiedlichen Ansichten zusammenkommen, miteinander sprechen und daraus neue Inspirationen ziehen. Aber auch Politikern wollten wir damit die Chance geben, zuzuhören und etwas über

„Wir brauchen eine EU, die sich nicht in Kleinigkeiten verliert und da bremst, wo es darauf ankommt, Tempo zu machen. Die im Alltag die Menschen in Ruhe lässt und nicht meint, jedes kleinste Detail regeln zu müssen. Sondern europäische Institutionen, die das Subsidiaritätsprinzip sehr ernst nehmen und die Gemeinschaft in den großen Dingen wie etwa Klimaschutz und Nachhaltigkeit weiterentwickeln.“

**Hans-Christoph Schlüter,**  
26, Trainee, Berlin



die Sorgen und Themen zu erfahren, die junge Menschen bewegen. Jeder sollte aktiv werden, ins Gespräch kommen und als Konsequenz daraus zur Wahl gehen.“

Auffallend sei, beobachtet der gebürtige Ungar, dass einige junge Menschen die Vorteile, die ihnen die europäische Gemeinschaft bringt, als selbstverständlich nehmen. „Aus dieser Haltung heraus wählen sie dann mitunter rechtspopulistische Parteien und sehen nicht, auf welches riskante Spiel sie sich damit einlassen.“

Diesem Spiel wollte auch Hans-Christoph Schlüter nicht länger tatenlos zusehen. Zusammen mit einer Gruppe von Mitstreitern hat er 2017 die Site „WhyEurope“ ins Leben gerufen. „Wir wollen damit ‚positiven Populismus‘ betreiben und zeigen, was die EU für ihre Bürger im Alltag

„Ich wünsche mir ein Europa, in dem sich in zehn Jahren die Lebensverhältnisse und die Wege, auf denen einzelne Länder unterwegs sind, stärker angeglichen haben und in dem die Demokratie stärker verankert ist. Eine Union, die näher bei den Bürgern ist und die sich um die relevanten Dinge wie Migration und Klimawandel kümmert. Dazu gehören auch mehr Macht und mehr Rechte für das EU-Parlament. Und dass ein einzelnes Land mit seinem Veto nicht einen gesamten Entscheidungsprozess blockieren kann.“



**Danica Vihinen,**

24, LYMEC-Generalsekretärin, Brüssel



tut, und die Vorteile sichtbar machen, die ein vereintes Europa bietet – das Ganze möglichst konkret und greifbar“, erläutert Schlüter das Konzept. Den wenigsten sei bewusst, wie die EU mit ihren Institutionen ins tägliche Leben eingreift – und zwar positiv. „Sie sorgt für sauberes Trinkwasser genauso wie für günstige Flüge, dadurch, dass sie den freien Wettbewerb über Europas Himmel zugelassen hat“, so der Wahlberliner. „Diese guten Dinge nehmen die Bürger aber nicht mehr richtig wahr, weil sie nur noch von Krisen und schlechten Nachrichten rund um den Brexit hören. Das war der Impuls für uns, etwas zu machen.“

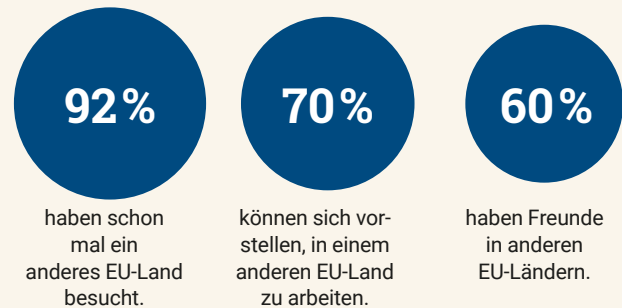
### Jugend schätzt europäische Werte

Ein Festival der Demokratie, eine Internetseite, die die Vorteile der europäischen Gemeinschaft promotet – nur zwei Beispiele für die politische Aufbruchstimmung, die unter Europas Jugend herrscht. Eine Generation, die sich für die Werte der Gemeinschaft einsetzt, aber auch dorthin zeigt, wo es dringenden Reformbedarf gibt, wenn die Europäische Union eine Zukunft haben will.

„Man muss es schaffen, dass sich Menschen über europäische Grenzen hinweg vernetzen und Gemeinsamkeiten entdecken – Erasmus ist ein Beispiel dafür“, formuliert Schlüter ein Gegenkonzept. „Dieser Ansatz muss weiterentwickelt werden, um so eine europäische Identität zu entwickeln.“ ▶

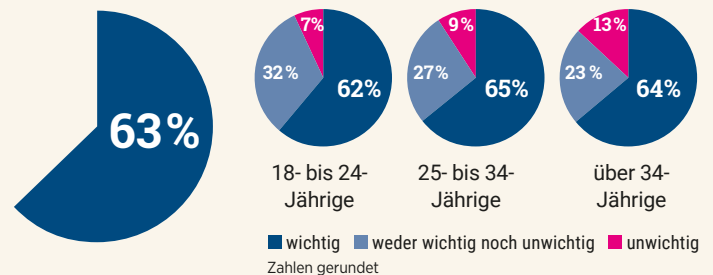
### DIE JUNGEN SEHEN DIE VORZÜGE DER EU

Vor allem beim Reisen und der Mobilität profitieren junge Deutsche von der Freizügigkeit in Europa.



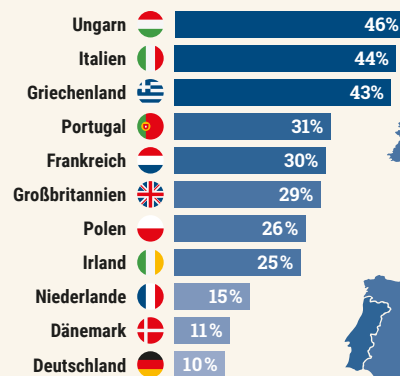
### DER MEHRHEIT DER JUNGEN MENSCHEN IST DIE EU PERSÖNLICH WICHTIG

63% der 18- bis 34-Jährigen sagen, dass ihnen die EU persönlich wichtig ist.

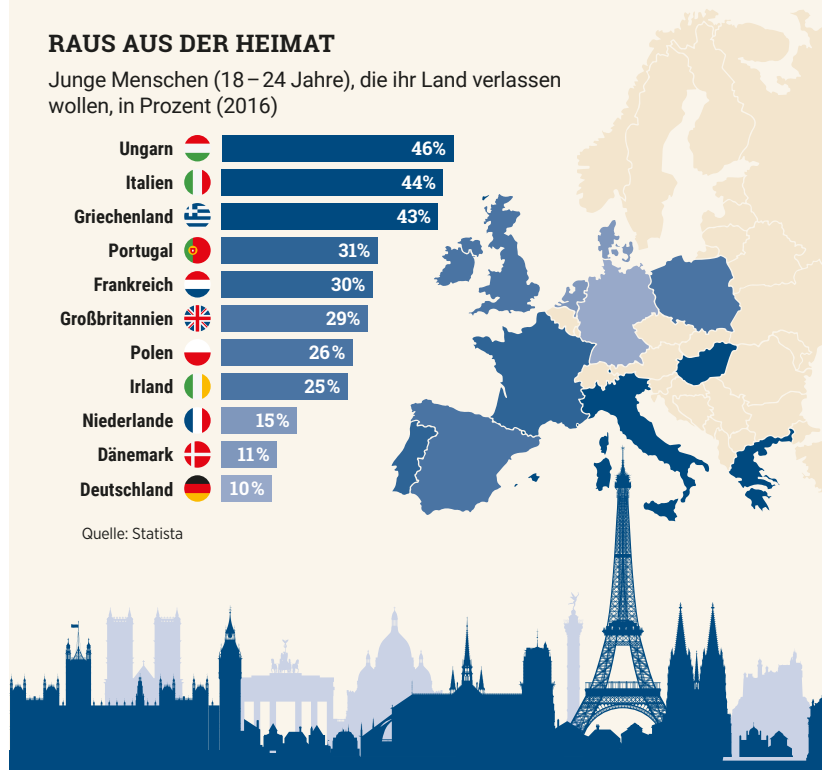


### RAUS AUS DER HEIMAT

Junge Menschen (18 – 24 Jahre), die ihr Land verlassen wollen, in Prozent (2016)



Quelle: Statista





Von der europäischen Idee ist auch Natalie Grammenos überzeugt: „Die EU ist das erfolgreichste Projekt der Geschichte. Wir leben in der größten zivilisierten Region der Welt. Das sollten wir stärker wertschätzen – jeden Tag“, fordert die Griechin. „Wir brauchen ein Mehr an europäischer Bildung, damit die Menschen nicht von Populisten beeinflusst werden können, die dieses Defizit für ihre eigenen Interessen ausnutzen.“ Die Vorteile der EU erlebt Grammenos bei ihrer aktuellen Existenzgründung jeden Tag. Sie betreibt am Rande von Athen einen Shop, der in Kürze auch online gehen soll. „Aufgrund des freien Handels in der EU kann ich mit meinem E-Shop vergleichsweise einfach in andere Länder expandieren – was für mich sehr wichtig ist, da der griechische Markt recht klein ist“, so die 27-Jährige.

## Vielfalt als Stärke sehen

„Es gibt so viele positive Dinge in der EU, mit denen fast jeder regelmäßig in Kontakt kommt – zum Beispiel muss ich keine Gebührenzuschläge für Auslandsgespräche zahlen, wenn ich mit meiner Mutter in Frankreich telefoniere“, ergänzt Jean Delage-Sié. „Aber dazu gehören auch der Euro als Gemeinschaftswährung und die Verbraucherrechte in der EU. Wenn ich online etwas in einem EU-Land bestelle, kann ich es innerhalb von 14 Tagen zurückgeben. Ein Energielabel an elektrischen Geräten hilft mir, die richtigen Kaufentscheidungen im Sinne der Umwelt zu treffen. Ich denke, das und einige Dinge mehr sind etwas, was unseren Alltag wirklich erleichtert.“ Der Franzose mit afrikanischen Wurzeln und Wohnsitz in Brüssel steht wie kaum ein anderer für gelebte Vielfalt in Europa. „Wir haben zweifellos unterschiedliche Kulturen in den Mitgliedsländern. Aber gerade diese Vielfalt sehe ich als Stärke an.“ Für ihn braucht es mehr Initiative innerhalb der EU, um sich dies bewusst zu machen und die Isolation einzelner Mitgliedsländer auf-

„Wir sollten alle nicht vergessen, woher wir kommen und aus welchem geschichtlichen Kontext heraus die EU entstanden ist. Diejenigen, die sich einen stärkeren Nationalismus wünschen, sollten nicht vergessen, dass selbst die großen EU-Länder – Frankreich, Deutschland oder auch Italien – die globalen Herausforderungen, wie etwa beim Klimawandel, aber auch beim Welthandel nicht allein stemmen können. Das gelingt nur, wenn wir innerhalb der Gemeinschaft kooperieren.“

**Jean Delage-Sié, 34,**  
Personalmanager, Brüssel



„Es muss Anreize dafür geben, dass jungen Menschen die Vorteile der EU stärker bewusst werden. Dazu gehört auch, die Fiskal- und Sozialpolitik zu harmonisieren.

Gerade wenn es darum geht, in einem anderen EU-Land arbeiten zu wollen, gibt es immer noch sehr viele bürokratische Hürden und damit Nachholbedarf bei der Freizügigkeit. Bei der anstehenden Wahl sollten junge Menschen ihre Stimme nutzen und verstehen, wie wichtig das für ihre Zukunft ist.“

**Bálint Gyévai, 24,**  
Event-Manager, Brüssel



zubrechen. „Die EU für mich persönlich heißt: Frieden, Sicherheit, Freizügigkeit, Fortschritt und eine Vielzahl an Möglichkeiten – zum Beispiel, dass ich im Ausland studieren oder mich frei in den Mitgliedsländern bewegen kann“, sagt Delage-Sié. „Die offenen Grenzen schätze ich, da ich schon von Berufs wegen viel reisen muss. Was passiert, wenn wir uns voneinander entfernen und immer nur die Krisen und das angeblich Schlechte im Fokus stehen, haben wir beim Brexit-Votum erlebt.“

## Für Interessen auf- und eintreten

Danica Vihinen sieht daher die Freitagsdemonstrationen für eine bessere Klimapolitik als gutes Zeichen für das wachsende Engagement von jungen Menschen in Europa. „Das zeigt eindeutig, dass sich Jugendliche für Politik und politische Themen interessieren und Dinge ändern wollen“, sagt die Generalsekretärin der European Liberal Youth (LYMEC) in Brüssel. LYMEC ist ein Zusammenschluss liberaler Jugendverbände in Europa und ist gleichzeitig die Jugendorganisation der ALDE. „Es ist gut, dass die Jungen für ihre Interessen auf- und eintreten und den Alten laut und deutlich sagen, wo es nicht mehr so weitergeht wie bisher“, ergänzt Schlüter. „Da ist Klima ein riesiges Thema, genauso wie Nachhaltigkeit.“ Um der Europaskepsis zu begegnen, müssten der gebürtigen Finnen zufolge EU-Kommission und -Parlament den Bürgern stärker deutlich machen, was sie regional etwa im Bereich der Infrastruktur erreicht haben.

„Ich lebe in einem Land, in dem Europa Tag für Tag infrage gestellt wird“, hat Katalin Cseh, die für die ungarische Momentum-Partei als Kandidatin in die Europawahl zieht, einen ganz anderen Blick auf die Dinge. Sie beschwört den europäischen Spirit: „Europa ist mehr als eine Idee. Es gibt uns die Chance auf Wachstum und Freizügigkeit. Wir müssen aufhören, uns selbst zu schwächen, so wie das derzeit die ungarische Regierung versucht.“ ●

„Die Europawahl stellt die Bürger vor die Entscheidung, ob sie ein starkes, ein prosperierendes Europa haben wollen und ob alle Länder ein gemeinsames Ziel haben oder die Populisten die Oberhand bekommen. Ob wir die EU weiter schwächen und wir uns die Vorteile, die sie uns in den vergangenen Jahrzehnten gebracht hat, wegnehmen lassen wollen. Es geht nicht mehr und nicht weniger darum, unsere europäischen Werte zu verteidigen und zu schützen. Wir brauchen starke Institutionen, in denen die dort vertretenen Politiker daran interessiert sind, europäische Lösungen etwa für den Umweltschutz oder den Klimawandel zu erarbeiten.“



**Katalin Cseh**, 31, Politikerin und Kandidatin für das Europaparlament, Budapest,



„Die Bürokratie in Europa muss abgebaut werden und es muss mehr Raum für Demokratie geben. Bei den anstehenden Europawahlen sollten daher, mehr als bisher, junge Kandidaten ins Parlament kommen, damit die junge Generation dort eine Stimme bekommt und Europa kosmopoliter, vor allem aber auch liberaler wird.“



**Natalie Grammenos**, 27, Start-uperin, Athen

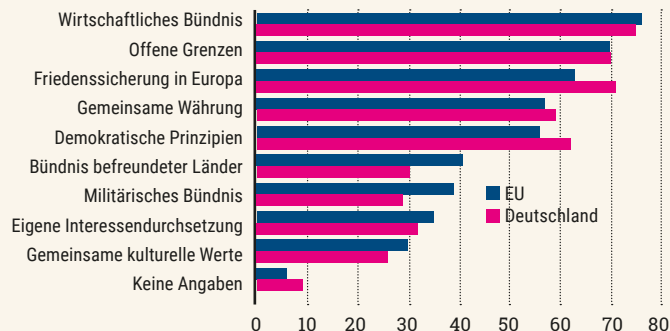


**THOMAS LUTHER**, Jahrgang 1964, hat als Jugendlicher seine Erfahrungen mit Europa per Interrail-Ticket der Bahn gemacht. Als Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen kommt er regelmäßig in Kontakt mit jungen Erwachsenen.

Fotos: privat

## SO STEHEN JUNGE EUROPÄER ZUR EU

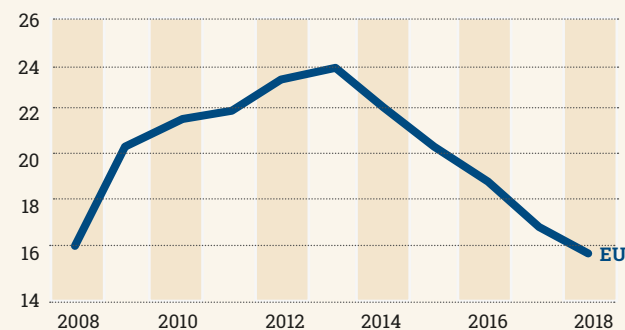
Welche Aufgaben und Bedeutungen beschreiben die EU am besten?



6.000 Befragte zwischen 16 und 26 Jahren in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien  
Quelle: TUI Jugendstiftung/YouGov 2017

## ARBEITSLOSIGKEIT GEHT ZURÜCK

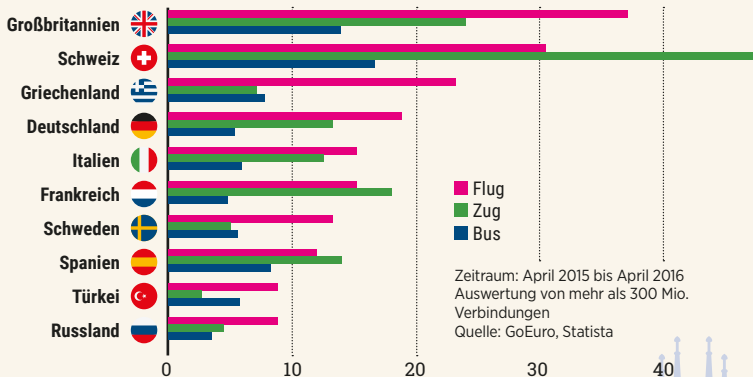
Jugendarbeitslosenquote in Prozent von 2008 bis 2018



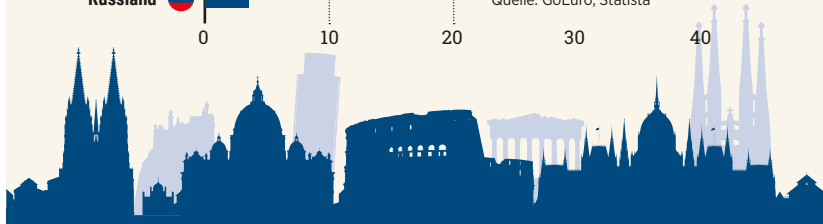
Quelle: Eurostat, Statista 2019

## DAS KOSTET REISEN IN EUROPA

Durchschnittspreise für eine Strecke von 100 km in ausgewählten Ländern (in Euro)



Zeitraum: April 2015 bis April 2016  
Auswertung von mehr als 300 Mio. Verbindungen  
Quelle: GoEuro, Statista



Comicwettbewerb „Animate Europe“

# Die etwas andere Sicht auf Europa

Zum nunmehr vierten Mal kürt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die besten Europa-Comics. Thema 2019: „Europe+“ – Geschichten zum Mehrwert der Europäischen Union. Drei Finalisten der letzten Jahre im Porträt

Florian Flücke



## Jordana Globerman

Das Brexit-Votum hat Jordana Globerman höchstpersönlich in Großbritannien miterlebt. Dort hat die gebürtige Kanadierin ihren Masterabschluss absolviert und fünf Jahre gelebt. „Die Wahlergebnisse haben mich aufgebracht. Aber noch mehr die Strömungen und Stimmungen, die damals europaweit aufkamen: Vorurteile gegenüber Migranten, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus.“ Globerman, die 2017 den zweiten Platz beim Comicwettbewerb der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gewann, ist der exakte Gegenentwurf zum engstirnigen Nationalismus: in Ottawa geboren, aber in der Welt zu Hause, offen, neugierig und stets veränderungsbereit. Sie zeichnet Comics und Illustrationen, die bereits in Europa und Kanada ausgestellt wurden, beschäftigt sich aber auch intensiv mit Design Thinking. Aktuell nutzt sie dieses Talent in ihrer Tätigkeit für die kanadische Regierung. Nebenbei arbeitet sie an ihrer ersten kompletten Graphic Novel, „einer Geschichte über Liebe und übers Erwachsenwerden“. Seit ihren Studienjahren in Großbritannien fühlt sich die Kanadierin Europa sehr verbunden. Was sie besonders an Europa begeistert, sind die hohe kulturelle Dichte auf engstem Raum und die enge Verbundenheit der verschiedenen Völker.

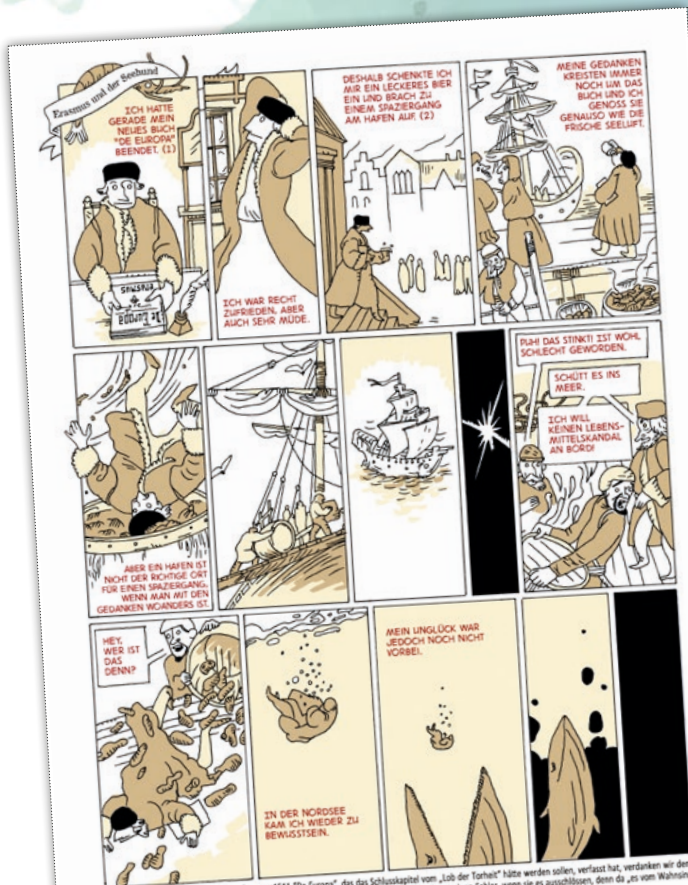




## Magdalena Kaszuba



Magdalena Kaszuba wurde 1988 in Langenbielau in Polen geboren und wuchs in Deutschland auf. Sie studiert Illustration bei Anke Feuchtenberger an der HAW Hamburg und zeichnete bisher unter anderem Comics für *Le Monde diplomatique*, das Goethe-Institut China sowie *Böll.Thema*, das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung. Bereits vor zwei Jahren gewann sie den Hauptpreis im Comicwettbewerb der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Vor einem Jahr erschien ihr gedrucktes Comicdebüt „Das leere Gefäß“ im avant-verlag. „Europa ist für mich ein Stück weit Heimat: keine Binnengrenzen, der Wunsch nach politischer und wirtschaftlicher Sicherheit und Stabilität. Gleichzeitig bedeutet Europa für mich auch Zweifel, Unstimmigkeit und Wandel. Ich merke, dass die europäische Idee immer wieder ein Hinterfragen und Zurechtrücken auf mehreren Ebenen erfordert“, sagt Kaszuba. Genau gegen die Europazweifel versucht sie ihre Kunst zu setzen. In ihrem prämierten Werk setzt sie sich zeichnerisch mit dem Rechtsruck in der EU auseinander. „Besonders zum Thema Grenze habe ich noch einen eigenen Zugang, da ich damals als Kind noch Grenzen innerhalb der EU erlebt habe.“



## Marco Tabilio



Marco Tabilio wurde 1987 am Gardasee geboren. Er hat Illustration in Bologna und Hamburg studiert. Auch heute noch pendelt sein Lebensmittelpunkt zwischen Italien und Deutschland. Sein Siegercomic trägt den Titel „Erasmus und der Seehund“. Darin hat Tabilio nach eigenen Worten eine fiktive Buchversion des großen Rotterdamer Denkers über Europa verarbeitet. „Im Bauch eines Wals unterhält sich der Philosoph über die Stärken und Schwächen seiner Utopie mit einem weisen und etwas kritischen Seehund. Sprechende Tiere dürfen in meinen Geschichten nicht fehlen“, sagt Tabilio. Europa ist für ihn, trotz aller aktuellen Herausforderungen, vor allem „ein schönes, mutiges Experiment und der Versuch, ein neues Modell des friedlichen Zusammenlebens zwischen unterschiedlichen Personen zu schaffen“. Gerade auf und aus seinen zahlreichen Reisen durch Europa schöpft er Zuversicht: „In diesen Begegnungen haben wir die Möglichkeit, aus unseren Unterschieden viel zu lernen und uns weiterzuentwickeln. Europa soll immer mehr ein Ort der Inklusion und der garantierten Rechte werden.“ In seinem nächsten Comic geht es um die Einheitskriege des Jahres 1848 in Italien.

(1) Den einzigen Hinweis darauf, dass Erasmus 1511 "De Europa", das das Schicksal der Welt im Blick hat, verfasst hat, verdanken wir dem Schriftsteller Markus Tullius Cicero (106 v. Chr. - 43 v. Chr.). Er behauptet, andere Ausgaben begingen einen Fehler, wenn sie es ausschließen, denn die "de Europa" handelt, ist diese Anekdote hier an den richtigen Platz.

(2) Laut Kritik: Tabilio, in "De Europa" wahrscheinlich nicht mehr als eine Darstellung dialektischer Kernpunkte gesehen werden. Kritik einer anderen Strömung gehen von der wortwörtlichen Eindeutigkeit der Erasmus Anekdote aus, den sprechenden Seehund eingeschlossen.



**NORA BOSSONG** (\*1982 in Bremen) ist eine deutsche Autorin. Mit ihren von der Kritik gefeierten Romanen und Gedichtbänden ist sie bereits in jungen Jahren in der Spitzenklasse deutscher Autorinnen angekommen. Ein Thema, dem Bossong sich regelmäßig widmet, ist die Zukunft Europas. So verfasste sie Aufrufe an die jüngeren Generationen, sich aktiver für Europa zu engagieren, und schrieb Gedichte und Erzählungen über Europa. Im August erscheint ihr neuer Roman „Schutzzone“ im Suhrkamp Verlag.

Es werden derzeit viele Geschichten über Europa erzählt: wie die Europäische Union auseinanderbricht und die gesellschaftlichen Gräben immer tiefer werden – oder wie der Kontinent zunehmend zusammenwächst. Junge Generationen haben diese Geschichten erzählt bekommen und müssen nun ihr eigenes Narrativ über Europa schreiben, meint die deutsche Schriftstellerin **Nora Bossong.**

## Die junge Generation wird Europa prägen

**W**

ie steht es um Europa heute? Man kann eine Geschichte davon erzählen, und das wird derzeit viel und gern getan: Wie die Union – und en gros die Welt – immer weiter auseinanderbricht, die Gräben tiefer werden in unserer und in den uns umgebenden Gesellschaften. Man kann aber auch eine Geschichte davon erzählen, wie die Welt zusammenwächst. Beide Erzählungen sind in gewissem Sinne richtig, aber sie schließen sich nicht aus. Die Art und Weise, in der die Welt zusammenwächst, kann man nur mitbestimmen, wenn man Verantwortung

übernehmen kann. Ergo: Wenn man Gewicht hat in einer Welt, deren Machtsphären sich verlagert haben.

Was ist das Einigende an der europäischen Idee? Es ist nach wie vor das zentrale Versprechen, dass Frieden haltbar sein kann. Ein Versprechen, das, blickt man sich in der Weltgeschichte um, so ausnehmend unwahrscheinlich erscheint. „Die Versöhnung eines zerstörten Kontinents durch ein einzigartiges Projekt für Frieden, Wohlstand und Freiheit“, so hat es Emmanuel Macron Anfang März genannt. Dass dieses Versprechen nur all jene zu schätzen wüssten, die einen Krieg selbst erlebt haben, wie man mitunter hört, scheint mir ausneh-



# In Fragen der sozialen Absicherungen wird mitunter gewirtschaftet, als gäbe es kein Morgen mehr.

mend unsinnig zu sein. Was man einmal an Sicherheit erlebt hat, will man nicht verlieren - und man muss keinen Krieg erlebt haben, damit einem der Frieden am Herzen liegt.

Es geht im Engagement für Europa nicht darum, die Welt mit einer neuerlichen westlichen Vorherrschaft zu überrollen. Es geht darum, für jene Ideen einzutreten, die mit Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Friedenserhalt, mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Lebensausrichtungen verbunden sind. Man mag darüber streiten, inwiefern die allgemeinen Menschenrechte, die das Individuelle gegenüber dem Kollektiven betonen, eher westlichen als globalen Idealen entsprechen. Wie auch immer man sich in diesem Disput positioniert: Ich bin davon überzeugt, dass es sich für diese Form des Individualismus einzutreten lohnt - auch, wenn es im Ursprung eine westliche Idee ist.

## Scheitern muss man lernen

Die demokratische Legitimation der Europäischen Union muss weiter ausgebaut werden, und es muss zudem darauf geachtet werden, dass dieses Europa, in dem wir leben, auch noch für kommende Generationen funktioniert.

In Fragen der sozialen Absicherungen wird mitunter gewirtschaftet, als gäbe es kein Morgen mehr. Allenfalls das Morgen der nächsten Wahl, an dem man einer immer größer werdenden Ruhestandsklientel nach dem Mund geredet haben will. Die Verteilung zwischen den Generationen ist niemals vollkommen gerecht: So gab es die Babyboomer-Generation, und es gab all die Generationen, die in Europa Kriege erlebt haben. In Würde und ohne Armut alt zu werden, ist ebenso wichtig wie eine Jugend mit Perspektive und eine Arbeitstätigkeit mit fairen Chancen - aber eben auch nicht wichtiger. Perspektivlosigkeit macht junge Menschen nicht zwingend unmündig, sie ist allerdings ein guter Nährboden für Frustration und Radikalisierung. Die Lösungen sollten früher ansetzen als in

dem Moment, in dem die negativen Folgen bekämpft werden müssen.

Man sollte bei allem nicht vergessen, dass in dem großen Geburtslotto die allermeisten Menschen, die in Europa geboren wurden, bereits gewonnen haben. Europa ist eine der privilegiertesten Weltgegenden, dies sollte niemand außer Acht lassen - gerade wenn es um Zweifel, Zaudern und schließlich um die Angst geht. Es besteht die Möglichkeit, dass Europa oder die Europäische Union scheitern. Sie schließt aber immer auch die Möglichkeit ein, dass es gelingt. Und wenn es nicht beim ersten Mal zur vollen Zufriedenheit glückt, kann man aus Scheitern lernen, es beim zweiten Mal besser machen und beim dritten Mal vielleicht so gut machen, dass es tatsächlich überzeugt. Angst existiert ja auch jenseits populistischer Instrumentalisierung - auch auf der Seite derer, die sich ein vereintes Europa wünschen, aber deren Pessimismus die Dimension des konstruktiven Zweifels schon überstiegen hat und sich bereits einer Depression nähert.

Ist die junge Generation auch eine stärker europäische Generation als jene vor ihr, so ist sie doch keine Generation, die das Scheitern gut gelernt hätte. Immer ging der Blick nach oben, die Sicherheit und der Wohlstand sollten mit jeder Generation weiter wachsen. Dass dieses Versprechen so nicht mehr verlässlich, jedenfalls nicht selbstverständlich ist - ob sich dies nun in der unbefristeten Festanstellung, der Rente oder der Umwelt zeigt -, kann uns entweder verzagt machen oder aber dazu bringen, neu über etwas nachzudenken und zu verhandeln.

Wenn man über Menschen meines Alters spricht, ist oft die Rede von der Erbgeneration. Was das private Vermö-

gen anbelangt, mag das bei dem einen stimmen, bei der anderen ganz und gar nicht. Doch wir sind in dem Sinn eine Erbgeneration, in dem wir dieses Projekt namens EU geerbt haben. Zu erwarten, dass das, was man erbt, perfekt sei, wäre vermessen, und zu meinen, dass man dem, was man erbt, keine Verantwortung entgegenzubringen habe, wäre bequem. Wenn man etwas erneuern will, knirscht und knackt es manchmal. Das heißt aber nicht zwingend, dass etwas zerbricht. Es heißt möglicherweise nur, dass sich etwas bewegt, was lange eingerostet war.

## Identifikationspunkt der Jugend

Europa und auch die EU sind allen Abgesängen zum Trotz Identifikationspunkt für viele junge Menschen, und als solcher positiv konnotiert - das, worin man leben, das, wofür man sich engagieren will. Ein schwaches Europa aber ist ein Europa auf Raten, und Raten meint: Es geht auf Raten aus. Es ist keines, das man für die nächste oder gar übernächste Generation aufbaut oder bewahrt. Ein starkes Europa hingegen hätte nicht nur Gehör und Gestaltungsmöglichkeiten, es besäße auch Strahlkraft. Das wäre etwas anderes als die koloniale, hegemoniale, militaristische Vergangenheit, in der von Europa aus mit Aggression Gebietsgewinne errungen und Ausbeutungsstrukturen gelegt wurden.

Es würde bedeuten, dass es sich in eben jenen Punkten adaptieren ließe, in denen es sich für andere Regionen, Länder, Kontinente eignete. Welche Geschichte man auch von Europa erzählen will: Klar ist, dass sie von einschneidenden Veränderungen handelt - und diesen können wir nur zusammen und im europäischen und globalen Dialog begegnen. ●





# Europa einig gegen Artikel 13

Der gemeinsame Widerstand gegen die „Uploadfilter“ brachte Europas Jugend auf die Straßen. Trotz ihrer Niederlage kann sie sich als Siegerin fühlen.



Fotos: imago images/xim.gs, Beata Zawrzel/NurPhoto, imago images/Getty Images (2), NurPhoto/picture alliance, SZ Photo/picture alliance, Alexander Pohl/imago images



# GESELLSCHAFT



**China – auf dem Weg  
zum Überwachungsstaat  
// Seite 22 //**

## Mein Leben mit und ohne Kopftuch



Ein Doppelleben  
zwischen  
Deutschland  
und Ägypten

**Hend Taher // Seite 30**

*Wir sprechen zu viel  
über die Gefahren und  
zu wenig über die  
Chancen künstlicher  
Intelligenz.*

**Christin Schäfer  
im Interview // Seite 28**

## Gender Matters

**Provokante Thesen  
von Malliga Och // Seite 26**



Ist es moralisch und ethisch zu  
rechtfertigen, was wirtschaftlich  
und technisch machbar ist, fragt  
**Thomas Straubhaar. // Seite 24**



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
über die Macht von  
Facebook und wie man sie  
eindämmen kann. **// Seite 32**



# ALLES UNTER KONTROLLE



„Wenn dein Zimmer nicht ordentlich aufgeräumt ist, dann darfst du nicht raus zum Spielen!“ Solche oder ähnliche Sätze sind den meisten von uns aus unserer Kindheit vertraut. Erwünschtes Verhalten zieht eine Belohnung nach sich, bei unerwünschtem Verhalten bleibt die Belohnung aus – oder vielleicht folgt sogar eine Strafe. Unsere Eltern wollten uns erziehen – das sehen wir als eine ihrer Aufgaben an. Was aber, wenn ein Staat sich dazu berufen fühlt, seine Bürgerinnen und Bürger zu erziehen? Es folgt unweigerlich der Schritt in den Überwachungsstaat.

Anna Marti



ine bei vielen Eltern beliebte Erziehungsmethode sind sogenannte Sternenkarten. Wurden verabredete Aufgaben gut gemacht, gibt es einen Stern. Wenn die Karte voll ist mit Sternen, kann sie gegen etwas

Schönes eingetauscht werden: einen Ausflug oder ein neues Spielzeug. Genau dieses System - Bonuspunkte für erwünschtes Verhalten, Punktabzug für unerwünschtes Verhalten - wird in der Volksrepublik China gerade eingeführt. Ziel der Übung: die chinesische Bevölkerung zu „guten Bürgern“ im Sinne der Regierung zu erziehen. Klingt nach Bevormundung? Es wird noch besser.

Das „Social Credit System“, welches in China gerade in verschiedenen Städten erprobt wird, verteilt keine Fleißsternchen, es wird nicht mit

Pappkarten gearbeitet und auf dem Spiel steht nicht ein lang gehegter Spielzeugwunsch. Man startet mit einem Grundguthaben an Punkten, und für „gutes“ Verhalten bekommt man Punkte hinzu, für „schlechtes“ Verhalten werden Punkte abgezogen. Überwachungskameras (aktuell 200 Millionen - bis 2020 sollen es über 600 Millionen werden) mit Gesichts- und Gangerkennung sorgen dafür, dass das System genau weiß, wer wann wo ist und was tut. Informationen aus WeChat (dem chinesischen WhatsApp), Baidu (dem chinesischen Google), Onlineshopping und Metadaten zum Surfverhalten werden gesammelt und mit anderen Daten zusammengeführt, beispielsweise dem Strafregister. Es ist diese Fülle an verfügbaren Daten, die es der chinesischen Regierung ermöglicht, Bürgerinnen und Bürger



umfassend zu kontrollieren, zu bewerten und zu belohnen - oder zu bestrafen.

Wer seine Eltern regelmäßig besucht, seine Rechnungen rechtzeitig bezahlt und im Internet die richtigen, direkt parteigesteuerten Medien konsumiert, der erhält Zusatzpunkte. Wer Unterhaltszahlungen nicht rechtzeitig leistet, sich über das Internet mit Menschen unterhält, die einen niedrigen Punktestand haben, oder online Pornos schaut, der verliert Punkte. Wer viele Punkte hat, also ein „gutes Mitglied der Gesellschaft“ ist, dem stehen verschiedene Vergünstigungen zur Verfügung: etwa bessere Krankenversicherungen, einfacherer Zugang zu Behörden oder niedrigere Kreditzinsen. Wer einen niedrigen Punktestand hat, dem drohen Sanktionen - teurere Kredite, die eigenen Kinder werden von den besten Schulen und Universitäten ausgeschlossen.

### **Harte Strafen für unerwünschtes Verhalten**

Schlimmstenfalls kann man sogar den Job verlieren. Im Jahr 2018 zum Beispiel wurden 23 Millionen Mal Bürger in China daran gehindert, ein Flug- oder Zugticket zu kaufen - ihr Punktestand im Social-Credit-System war zu niedrig. Denn wer sein Zimmer nicht aufräumt, der darf nicht raus zum Spielen.

Derzeit ist das Social Credit System noch in der Testphase. Ab 2020 soll das System auf ganz China ausgeweitet sein. Gerade laufen in verschiedenen Städten Pilotprojekte, um unterschiedliche Varianten des Systems zu testen. Aktuell ist die Teilnahme noch freiwillig. Aber was hat man als Bürgerin oder Bürger davon, sich freiwillig dieser umfassenden Überwachung und Beurteilung auszusetzen? China hat ein Vertrauensproblem. Die Volksrepublik ist immer noch ein Land, in dem die Einparteienherrschaft unabhängige Gerichte unterbindet und Korruption trotz ewiger politischer Kampagnen an der Tagesordnung ist. In regelmäßigen Abständen gibt es Lebensmittelskandale. Betrug und Vorteile durch Beziehungen sind allgegenwärtig. Die Regierung will mit dem System offiziell „die Aufrichtigkeit in Regierungsangelegenheiten“, die Glaubwürdigkeit der Justiz sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integrität in China verbessern.

Und das scheint auf Zustimmung zu stoßen: Eine Studie der FU Berlin hat gezeigt, dass aktuell 80 Prozent aller Nutzer eines Social-Credit-Pilot-systems diesem positiv gegenüberstehen. Gerade

unter gut gebildeten Menschen, die in urbanen Zentren leben, ist die Zustimmungsrate besonders hoch. Das ist auf den ersten Blick irritierend, denn es ist gerade diese Bevölkerungsgruppe, die am meisten durch eine Beschränkung ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Freiheiten zu verlieren hat. Woher kommt diese hohe Zustimmungsquote? Eine Antwort: Es ist bequem und jeder könnte vordergründig profitieren. Gerade in den urbanen Regionen bieten die angebotenen Vergünstigungen einen Mehrwert. Beispielsweise sind in der Stadt Behördentermine schwerer zu bekommen als auf dem Land. Da ist es bequem, wenn der Termin im Bürgeramt schneller klappt.

### **Rechtsstaat entwickelt sich zurück**

Aber der Preis für diese Annehmlichkeiten ist hoch. Falls das System einen Fehler macht und ungerechtfertigterweise Punkte abzieht, gibt es keine Möglichkeit zu widersprechen. Nach Jahren der Reform und Öffnung entwickeln sich die Rechtsstaatsansätze der Volksrepublik zurück. Klagen gegen Partei oder Staat haben keine Chance. Protestieren steht außer Frage. All das würde definitiv unter „schlechtes Verhalten“ fallen.

Manche Eltern sagen vielleicht: „Nicht unsere Kinder, nicht unser Problem.“ Aber Liberale blicken über den Tellerrand nationaler Grenzen und streben nach der Freiheit aller Menschen. Hinzu kommt: Andere autokratische Regierungen sehen Xi Jinping als Vorbild. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir das erste iranische Social Credit System sehen. Vielleicht auch ein türkisches, ein ungarisches? Proaktiv bereitgestellt und mit chinesischer Technologie. Technologie von Unternehmen, denen wir in Deutschland, vielleicht auch mit Steuergeldern über Infrastrukturaufträge, Wachstum und stärkeren globalen Einfluss ermöglichen. Würden wir Liberale uns selbst ein Sternchen geben, wenn wir tatenlos zusehen? ●

**ANNA MARTI** ist Asien-Referentin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie hat Politik und Gesellschaft Ostasiens an der Universität Tübingen studiert und ein Jahr in der Volksrepublik China verbracht. Marti kommt gerade von einem längeren Aufenthalt aus dem Stiftungsbüro in Hongkong zurück.

# Der wirtschaftliche Sinn des Lebens

Die Ökonomisierung des Lebens schreitet in neue Dimensionen voran. Das macht beim Nachwuchs nicht halt. Genetik und Stammzellenforschung eröffnen Eltern zunehmend mehr Möglichkeiten, den Zufall auszuschalten und Einfluss auf Wesen und Werden ihres ungeborenen Kindes zu nehmen. Aber ist es moralisch und ethisch zu rechtfertigen, was wirtschaftlich und technisch machbar ist?

**Thomas Straubhaar**

**S**ex geht immer - selbst wenn es im eigentlichen Sinne gar nicht um Sex geht. Sondern um Kinder, die ohne Geschlechtsverkehr durch künstliche Befruchtung im Reagenzglas gezeugt werden. Eine Option, die immer mehr von der Ausnahme zur Regel wird. Ging es zunächst um eine künstliche Befruchtung einer Eizelle durch einen Samenspender, gehört die In-vitro-Fertilisation mittlerweile zum medizinischen Alltag. In Deutschland ist sie bei ungewollter Kin-

derlosigkeit eine dankbar genutzte Möglichkeit, Eltern zu werden.

Fortschritte in der Genetik sowie Innovationen in der Genomchirurgie (die auch als Gen-Editing-Technik bezeichnet wird) und der Stammzellenforschung eröffnen Eltern zunehmend mehr und mehr Möglichkeiten, den Zufall auszuschalten und wissentlich und willentlich direkten Einfluss auf das Wesen und Werden ihrer noch ungeborenen Kinder nehmen zu können. Das wird dazu führen, dass Sex seine zentrale Funktion - die Fortpflanzung - verlie-

ren wird und mehr und mehr nur noch dem Spaß dient - das jedenfalls ist die These des Stanford-Professors Henry T. Greely in seinem Bestseller „Das Ende des Sex und die Zukunft der menschlichen Fortpflanzung“. Zumindest theoretisch vorstellbar wird eine Welt voller gesunder, intelligenter Labormenschen, die sich hedonistisch ihren Trieben und ihrem Treiben hingeben können. Für die einen ein rundum moralisch-ethisch verabscheuter Albtraum, für andere eine Vision, die ein selbstbestimmtes kinderfreies Leben gesellschaftsfähig werden lässt.

Die Zukunft wird nahezu alles möglich machen, was sich bei der Fortpflanzung denken lässt. Das gilt nicht nur für vielfältige Kombinationen von Samenspendern, Leihmüttern, genetischen und sozialen Eltern. Moderne Gen-Editing-Technik erlaubt es, Erbgut zielgerichtet zu verändern. Eine Vermeidung genetischer Defekte rückt damit genauso in den Bereich des technologisch Machbaren wie Eingriffe, um speziell gewünschte Eigenschaften zu erzeugen, wie beispielsweise Geschlecht,





rungen sogar gewisse Verhaltensweisen einfordern, um gesamtwirtschaftliche Folgekosten eindämmen zu können. Schritt für Schritt dürften werdende Eltern dazu neigen, dem Schicksal ins Handwerk zu pfuschen, um das Wunschkind zu erhalten. Wenn es nicht mehr der Zufall ist, der die Karten verteilt, sondern die Medizin bestimmen kann, wer welche Trümpfe erhält, um im Leben die Erfolgschancen zu verbessern, muss dann nicht aus Sicht der betroffenen Kinder, ihrer Eltern, aber auch für die Gesellschaft insgesamt alles für das Bestmögliche getan werden?

Wer aber entscheidet, wer welche und wie viele Kinder zeugen darf und wer nicht, wer Leihmutter sein darf oder sein muss und wer nicht? Das sind aus heutiger Sicht

jede 50-Jährige ohne Kinder als Belohnung dafür, dass sie den Planeten schone, mit 50.000 Euro zu entschädigen.

### **Jenseits von Moral und Ethik**

Denn nicht nur bei der Entstehung des Lebens, sondern auch beim Lebensende werden mehr und mehr Tabus gebrochen und werden Diskussionen über aktive Sterbehilfe salonfähig, die noch vor Kurzem völlig außerhalb des gesellschaftlich Akzeptierten lagen. Wie lange dürfen, müssen, sollen Ärzte gegen den Willen der Sterbenden Menschen künstlich am Leben erhalten - wenn diese das wohl nicht gewollt hätten? Wer bestimmt, ob weiter ernährt wird, wie lange Beatmungsmaschinen noch pumpen?

## **Die Zukunft wird nahezu alles möglich machen, was sich bei der Fortpflanzung denken lässt.**

Größe, Augenfarbe bis hin zu charakteristischen Merkmalen. Möglich wird auch, Erbeigenschaften zu „optimieren“ und künstlich befruchtete Eizellen nach Vor- und Nachteilen zu selektionieren. Für viele eine unfassbare, unmoralische und entsetzliche Option, weil jede Auswahl mit fundamentalen ethischen Konflikten einhergeht. Für manche jedoch eine unverzichtbare wissenschaftliche Weiterentwicklung, um Erbkrankheiten einzudämmen, kinderlose Paare glücklich zu machen, aber eben auch, um Entstehung und Verteilung von Kosten und Nutzen von Kindern und Kinderfreiheit auf völlig neue Grundlagen zu stellen.

### **Eltern designen ihr Wunschkind**

Wenn das perfekte Designerbaby aus dem Reagenzglas möglich wird, dürfte - so die empirische Erfahrung aus der Diskussion über Impfpflichten, Pränataldiagnostik und die Verbindlichkeit von Tests auf Trisomie 21 - fast zwangsläufig der gesellschaftliche Druck auf werdende Eltern zunehmen, das technologisch Machbare auch mehr und mehr zu tun. Vermutlich werden Versiche-

gruselige Fragen, die aber früher oder später gestellt werden dürften. Zu entscheiden wird somit sein, wie weit Effizienz und Optimierung unverzichtbar sind, aber eben auch, wo und wann sie ebenso unverhandelbar zu enden haben. Wie weit soll und darf oder muss die Wissenschaft gehen, wann gibt es moralisch-ethische Grenzen, die in keinem Falle überschritten werden dürfen?

Weitere medizinisch-technische Fortschritte, Big Data und Big Business werden tiefer ins Mark von Moral und Ethik eindringen als alles bis anhin Denk- und Vorstellbare. Verblüffend ist dabei, dass es der allgemeine Zeitgeist ist, der dabei ohne viel moralisches Bedenken alte ethische Vorbehalte über den Haufen wirft. Nüchtern und sachlich rechnen Frauen, die nicht Mutter werden wollen, der Gesellschaft vor, was anstelle von Kindern alles möglich wäre, wie sehr ein Kinderverzicht die Umwelt entlastet und wie sehr es gerechtfertigt sei,

Die Ökonomisierung des Lebens tastet sich weiter in Dimensionen voran, die momentan noch als komplett jenseits von geltender Moral und Ethik liegen. Aber wie lange und wie weit noch halten fundamentale moralisch-ethische Grundprinzipien ökonomischen Kosten-Nutzen-Überlegungen stand? Nicht alles, was technisch machbar ist, sich ökonomisch rechnet, ist eben am Ende moralisch richtig und ethisch gerechtfertigt. ●

**THOMAS STRAUBHAAR** ist Professor an der Universität Hamburg und Direktor des Europa-Kollegs Hamburg. Er hat unter anderem an den Universitäten Bern, Basel, Konstanz, Freiburg und als Helmut Schmidt Fellow an der Transatlantic Academy in Washington, DC, geforscht und gelehrt. Seit 2011 gehört er dem Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an.

# Gender matters: fünf provokante Thesen

Nur wenige politische Themen werden seit Jahren so hitzig diskutiert wie die Frauenquote – auch unter Liberalen. 31 Prozent weibliche Abgeordnete im Bundestag zeigen, dass diese Debatte notwendig ist. Was kann anders und besser gemacht werden? Wir haben die renommierte **Politikwissenschaftlerin Malliga Och** mit fünf provokanten Thesen konfrontiert.

1

**Die Mehrheit der Frauen hat kein Interesse daran, sich aktiv politisch zu engagieren, insbesondere auf politischer Spitzenebene.**

Das hört man häufig – und es ist ein Missverständnis. Natürlich muss jeder Einzelne politische Ambitionen haben, um sich für ein Amt zu bewerben. Aber diese Ambitionen werden durch den politischen Kontext stark beeinflusst. Einfach gesagt: Politische Ambitionen beruhen nicht auf Vorbestimmung. Sie werden beeinflusst von den abzuschätzenden Kosten, im Verhältnis zu dem Nutzen, den ich habe, wenn ich meine Überlegung in die Tat umsetze. Frauen, die sich für eine Karriere im Job entscheiden, haben ungleich höhere Kosten als bei einer politischen Karriere: Sie müssen sich sexistische Sprüche anhören, Belästigungen ertragen, werden bei der Einstellung und bei Beförderungen diskriminiert und gleichzeitig müssen sie sich noch um ihre Familie kümmern – entweder, weil sie Kinder haben oder weil sie ältere Familienangehörige pflegen müssen. Dazu kommt die zusätzliche Arbeit im Haushalt. Die Gleichung ist einfach: Je höher die Kosten dafür, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Frauen politisch aktiv werden.

2

**Die Doppelbelastung von Familie und Beruf lässt Frauen kaum Zeit, sich zu Themen abseits des eigenen sozialen Lebensumfelds einzubringen. Die Politik muss hier gezielt Angebote schaffen.**

Die Doppelbelastung von Familie und Beruf ist real. Sie wurde in einer Umfrage der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) im Jahr 2010 als größtes Hindernis dafür angesehen, dass Frauen in die Politik gehen. Die IPU setzt sich seitdem verstärkt für eine gendergerechte Parlamentsreform ein. Frauen (und Männern!) soll es möglich sein, Beruf und Familie zu vereinbaren. Gendergerechte Parlamente bieten ihren Mitgliedern die Möglichkeit, eine Kindertagesstätte kostenlos nutzen zu können, sie bekommen Elternurlaub und die Sitzungszeiten werden so angesetzt, dass sie mit den täglichen Schulzeiten zusammenpassen. Frauen, die im Mutterschaftsurlaub sind, können sich außerdem bei Abstimmungen vertreten lassen. Das britische Parlament hat kürzlich für die Einführung eines Babyurlaubs und ein Konzept für eine Stimmrechtsvertretung gestimmt. Auf diese Weise soll mehr Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden. Das schottische Parlament hat familienfreundliche Sitzungszeiten festgelegt. Es geht also.

3

**Frauen sind in der Politik unterrepräsentiert, weil sie durch das tradierte, von Männern dominierte System regelmäßig diskriminiert werden.**

Das kommt darauf an. Sexismus gegen Frauen ist in der heutigen Politik weniger verbreitet, weil die Toleranz dafür niedriger ist. Die Chancen von Frauen, politisch zu repräsentieren, sind jedoch je nach Partei unterschiedlich. Innerhalb der Parteienlandschaft gibt es programmatische beziehungsweise ideologische Unterschiede, wie die Rolle der Frau in der Gesellschaft definiert wird. Traditionell sind die linken Parteien offener für Frauen in der Politik. Sie sind eher bereit, freiwillig Frauenquoten zu schaffen, und haben mehr Frauen in ihren Fraktionen. In Deutschland zum Beispiel waren die Grünen die erste Partei, die eine Geschlechterquote von 50 Prozent eingeführt hat. Konservative Parteien mit Betonung der traditionellen Geschlechterrollen sind weniger geneigt, Quoten zu schaffen. Sie haben in der Regel auch anteilig weniger Frauen in ihrer Fraktion. In dieser Hinsicht ist Deutschland ein interessanter Fall. Die CDU hat die erste Kanzlerin gestellt. Nun hat sie die zweite Parteivorsitzende bekommen. Und dennoch ist der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion sehr gering.



# 4

**Das Ausland ist bei der Integration von Frauen in der Politik sehr viel weiter und fortschrittlicher als Deutschland.**

Ja und nein. Gemessen am Frauenanteil im Parlament liegt Deutschland derzeit weltweit auf Platz 54. Frustrierend ist: Die Bundesrepublik hat vor zwei Jahren mit einem Frauenanteil von 36,5 Prozent noch den 25. Platz belegt. Anstatt also Fortschritte zu machen, ist in puncto Geschlechterparität im Bundestag ein Rückschritt zu beobachten. Allerdings: Mit 30,7 Prozent Frauenanteil liegt das deutsche Parlament immer noch über dem Durchschnitt in Europa (27,9 Prozent). Dennoch könnte Deutschland vieles besser machen. In Skandinavien liegt der Durchschnitt zwölf Prozentpunkte höher. In einigen Ländern gibt es sogar Parlamente, in denen Frauen die Mehrheit der Abgeordneten stellen.



**Malliga Och** ist Assistant Professor für Internationale Beziehungen an der Idaho State University. Sie forscht zur Rolle von Frauen in der Politik. Schwerpunkt ihrer Veröffentlichungen sind Analysen über konservative Parteien und deren Frauenanteil, zum Beispiel in der CDU und in der Europäischen Union. Ihre Studien- und Forschungsaufenthalte führten sie nach Denver, Boston und München.

# 5

**Deutschland braucht eine umfassende systemische Reform, um mehr Frauen in die Politik zu bekommen. Eine bereits diskutierte Wahlrechtsreform ist ein guter erster Schritt dafür.**

Auf jeden Fall! In Ländern, die über eine gesetzliche Geschlechterquote verfügen, sind im Durchschnitt mehr Frauen in der Politik vertreten als in Ländern ohne diese Quote. Studien haben dabei immer wieder gezeigt: Frauen, die nach Quote aufgestellt beziehungsweise gewählt werden, sind mehr oder zumindest genauso qualifiziert wie ihre männlichen Kollegen. Eine Geschlechterquote per Gesetz allein reicht jedoch nicht aus. Es muss auch Regeln für die Rangordnung auf den Parteienlisten und wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung geben. Das alles zusammen entscheidet darüber, wie wirksam eine Quote ist. In Deutschland sollte eine solche Vorgabe nicht nur für die Landeslisten der Parteien gelten (wo Frauen am ehesten gewählt oder gesetzt werden), sondern auch für die Spitzenkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen (wo viel weniger Frauen aufgestellt werden). So ist bei der britischen Labour-Partei ein bestimmter Prozentsatz der sicheren Labour-Wahlkreise für Frauen reserviert.

## Künstliche Intelligenz

# „Wir überzeichnen die Gefahren“

Christin Schäfer ist eine der wichtigsten Datenpionierinnen in Deutschland. Als Mitglied der Datenethikkommission der Bundesregierung und Geschäftsführerin einer Firma für Data Science ist sie überzeugt: Der Trend zur Datengesellschaft lässt sich nicht aufhalten – aber zum Wohle aller gestalten.

**Schafft sich die Menschheit mithilfe von künstlicher Intelligenz gerade selbst ab?**  
Ich teile diese Sorge nicht. Ich denke, dass genau das Gleiche eintritt wie in den bisherigen industriellen Revolutionen auch, es verschiebt sich etwas. Es werden neue Aufgaben entstehen, andere verschwinden. Aber der Mensch wird auf gar keinen Fall abgeschafft. Ich betrachte die Entwicklung vor allem als eine unglaubliche Chance. Wir könnten uns in der Arbeit auf das fokussieren, wofür man Hirnschmalz braucht, und die Routinetätigkeiten an die Maschinen delegieren.

**Können Sie verstehen, dass andere vor der Datenfixierung Angst haben?**

Ja, natürlich kann ich das verstehen. Dennoch glaube ich, dass wir zu viel über die Gefahren und zu wenig über die Chancen sprechen. Und zudem die Gefahren überzeichnen. Vermutlich hilft es mir, dass ich gelernt habe, mit Daten umzugehen. Das entzaubert und entmystifiziert die Dinge.

**Ihr Start-up acs plus verspricht: „data with care“. Wie lösen Sie das Spannungsfeld zwischen dem, was technisch machbar ist, und dem, was regulatorisch erlaubt oder ethisch vertretbar ist?**

Ein Großteil dessen, was datengetriebene Technologie Gutes für uns tun kann, ist vollkommen frei von jedweden personenbezogenen Daten. Wenn ich aus dem Fenster schaue, ist es schön mild. Aber wir haben erst Anfang März! Der Klimawandel ist nicht wegzudiskutieren. Doch wie schaffen wir es, den Energieverbrauch zu minimieren, den Schadstoffausstoß zu senken, ohne dass unser Wohlstand wesentlich leidet? Genau für solch komplexe Fragen benötigen wir als entwickelte Volkswirtschaft auch datengetriebene Systeme. Bei acs plus arbeiten wir zurzeit eher an solchen und ähnlichen technischen Fragestellungen. Ich würde aber beispielsweise nie etwas modellieren, mit dessen Hilfe angeblich bestimmte Personen, Ethnien oder sexuelle Orientierungen aus Fotos oder Datensätzen selektiert werden könnten.

**Kann es sein, dass ein Großteil der diffus vorhandenen Ablehnung gegen die neue Datenkultur darin begründet ist, dass diese einfach schlecht verkauft wird?**

Das unterschreibe ich gern. Der Ingenieur, der gerade dafür gesorgt hat, dass eine Industrieanlage durch eine clevere Steuerung 30 Prozent weniger Schadstoffe ausstößt, der veröffentlicht selten Blogposts. Der ist im Stillen glücklich.





Wir bräuchten ein paar positive Ankerbereiche, die auch die Emotionen der Menschen ansprechen. Vielleicht sollten wir den Spieß gedanklich umkehren und uns überlegen: Was hätten wir alles nicht, wenn es die Datentechnologie nicht gäbe? Wie war das vor 15 oder 20 Jahren mit dem Urlaub ohne Smartphone, ohne Wetter-App, Restaurantführer oder Navi?

**Wer entscheidet zwischen „guten“ Datendiensten wie diesen oder „schlechten“? Wenn die Politik in solchen Fragen nicht weiterweiß, gründet sie einen Arbeitskreis. Sie sind Mitglied in der Datenethikkommission der Bundesregierung. Was genau machen Sie da?**

Das 16-köpfige Gremium untersucht die Dreifaltigkeit aus Algorithmen, KI und Daten – um die entscheidende Frage zu klären: Was kann man damit Positives fördern und wie Negatives vermeiden? Die Grenzziehung soll anhand von ethischen Leitlinien erfolgen. Wenn wir nach China auf das Social Credit System blicken, sehen wir das abschreckende Gegenmodell: Nicht alles, was technisch möglich ist und möglich werden wird, darf auch Wirklichkeit werden. Das Aufgabenpaket, das uns die Politik zu schultern gegeben hat, ist gewaltig. Im Herbst legen wir den Abschlussbericht vor.

**In der freien Wirtschaft regieren längst die Daten – in der öffentlichen Verwaltung herrscht dagegen meist immer noch der analoge Geist von gestern. Können Algorithmen beim besseren Regieren und Verwalten helfen?**

**CHRISTIN SCHÄFER**, Jahrgang 1974, hat einen roten Faden in ihrem bisherigen Leben: die Liebe zu Daten. Bereits in ihren Kasseler Kindheitstagen tat sie nichts lieber, als die Ziffern im Telefonbuch mit Farben zu bemalen. Nach ihrem Statistikstudium mit Nebenfach Physik und Informatikvertiefung in Dortmund forschte sie am Fraunhofer-Institut und war rund eine Dekade lang in Führungsrollen bei der Deutschen Bank und einem österreichischen Geldhaus tätig. Heute ist sie Geschäftsführerin ihres eigenen Unternehmens in Berlin: acs plus, eine „Boutique für Data Science“.



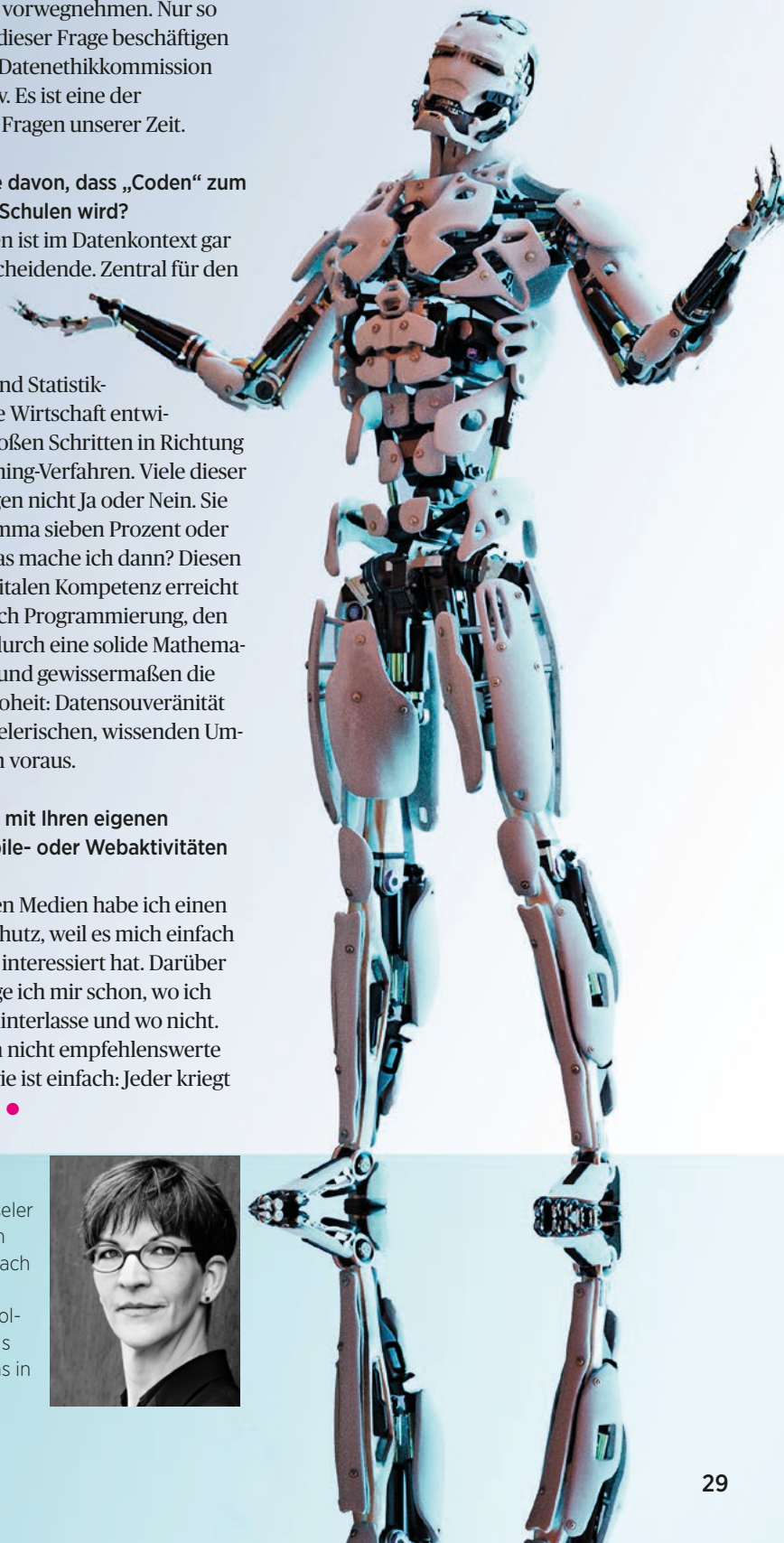
Ich darf nichts vorwegnehmen. Nur so viel: Auch mit dieser Frage beschäftigen wir uns in der Datenethikkommission derzeit intensiv. Es ist eine der spannendsten Fragen unserer Zeit.

**Was halten Sie davon, dass „Coden“ zum Pflichtfach an Schulen wird?**

Programmieren ist im Datenkontext gar nicht das Entscheidende. Zentral für den richtigen Umgang mit Daten sind gute Mathematik- und Statistikkenntnisse. Die Wirtschaft entwickelt sich in großen Schritten in Richtung Machine-Learning-Verfahren. Viele dieser Maschinen sagen nicht Ja oder Nein. Sie sagen, null Komma sieben Prozent oder 90 Prozent. Was mache ich dann? Diesen Aspekt der digitalen Kompetenz erreicht man nicht durch Programmierung, den erreicht man durch eine solide Mathematikausbildung und gewissermaßen die eigene Datenhoheit: Datensouveränität setzt einen spielerischen, wissenden Umgang mit Daten voraus.

**Wie gehen Sie mit Ihren eigenen Daten bei Mobile- oder Webaktivitäten um?**

Bei den sozialen Medien habe ich einen natürlichen Schutz, weil es mich einfach nie sonderlich interessiert hat. Darüber hinaus überlege ich mir schon, wo ich meine Daten hinterlasse und wo nicht. Meine wirklich nicht empfehlenswerte private Strategie ist einfach: Jeder kriegt ein bisschen. ●





# Mein Leben mit und ohne Kopftuch

In Berlin verlasse ich meine WG mit offenen Haaren und Klamotten, die zum Wetter passen. In Kairo verlasse ich die Wohnung meiner Eltern mit Kopftuch und einem Mantel, der bis zum Knie reicht.

Hend Taher



**G**

eboren und aufgewachsen bin ich in einer Familie in Kairo, die man hier in Deutschland als streng religiös bezeichnen würde.

In Ägypten würde man sagen: anständige Familie, die an der Tradition festhält. Diese Tradition besagt, dass die Wörter „selbstständig“ und „Frau“ nicht zusammenpassen. Meine jüngeren Brüder durften schon von früh an mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Kairo fahren, bis zum Abend auf der Straße spielen, an Klassenfahrten teilnehmen und mit Freunden etwas unternehmen. Ich habe gelernt, wie ich mit dem Herd, der Nähmaschine und mit Kindern umgehen kann. Mit dem öffentlichen Verkehr bin ich zum ersten Mal während meines Abiturs gefahren.

Im Studium durfte ich am Abend nach Hause kommen und in Kairo mit meinen Freundinnen unterwegs sein. Natürlich nur dort, wo meine Eltern es erlaubten. Darüber habe ich viel mit meinen Eltern gestritten und in der Uni mit allen darüber diskutiert. Unter meinen Freundinnen war ich fast die Einzige, der das Thema Freiheit wichtig war. Ich fühlte mich befremdet und unverstanden. In der fünften Klasse habe ich zum Beispiel Ärger mit meinem Lehrer bekommen, weil er meine Bewegungen als Tanzen wahrgenommen hatte. Eigentlich war ich nur mit anderen Mädels gehüpft. Mit der Zeit habe ich gelernt, mich an einengende Regeln zu halten. Dabei habe ich meinen Charakter verloren. Ich bin lebensfroh, lache gerne, rede mit jedem und mache gerne Quatsch. In meinem

Umfeld war nicht in Ordnung, dass ich männliche Freunde habe, Musik höre und vieles tue, was meine Eltern nicht wissen.

Nach dem Abi fing ich mein Studium an und habe ein Stipendium für einen Sprachkurs in Deutschland bekommen. Nach heftigem Streit mit meinen Eltern durfte ich reisen. Da war ich zum ersten Mal allein und frei. Im Sprachkurs habe ich andere junge Frauen getroffen. Wir redeten über unsere eigenen Meinungen, Reisewünsche und Karriereträume. Ich war mir sicher: Ich bin hier am richtigen Ort.

Wir haben vieles unternommen. Ich musste nicht meine Eltern um Erlaubnis fragen und musste keine Diskussionen führen. Überhaupt achtete keiner auf mein Verhalten. Auf der Straße bin ich gerannt, habe laut gelacht und mit anderen im Bus





Als ich nach Berlin kam, wohnte ich nah am See bei meiner Gastfamilie. Hier verbringe ich auch heute noch mit den Kindern wertvolle Zeit, in der wir frei schwimmen, Tiere beobachten, Enten füttern, auf einen Baum klettern und Vogelbeeren zerdrücken. Dabei fühle ich mich glücklich ... und frei.

möchte ich jetzt aussehen? Mit der Zeit habe ich einen eigenen Stil gefunden, der zu mir passt.

Es dauerte nicht lange, bis ich einen Wandervogel-Mädchenbund kennengelernt habe. Starke Frauen, die ohne Eltern, Männer oder deren Erlaubnis oder Begleitung wandern gehen. Einfach so. Bald durfte ich mit ihnen nach Schweden reisen. Wir sind getrampt, in Seen geschwommen und haben draußen geschlafen. Ich war frei. Ich war glücklich.

Meine Familie akzeptiert inzwischen, dass ich in Deutschland ein anderes Leben habe. In Kairo sollen wir weiterhin möglichst wie eine ganz normale Familie erscheinen. Es heißt dann nur: Sie studiert im Ausland. Keiner soll wissen, dass ich in einer gemischten WG lebe und kein Kopftuch mehr anziehe. Wir haben einen Kompromiss gefunden: In unserem Wohnviertel bin ich verschleiert, treffe keine männlichen Freunde und komme spätestens um Mitternacht zurück. Erst wenn ich heirate, kann ich mich anders verhalten. Dann soll die Verantwortung für mich bei meinem Mann liegen.

In den Ferien fliege ich zurück nach Kairo. Im Flughafen lege ich das Kopftuch und den Mantel an. Ich freue mich und fühle mich verbunden mit der Stadt, mit der Sprache, mit den Gerüchen und dem Geschmack des Essens. Mit meiner Familie und meinen Freunden verbringe ich eine schöne und wertvolle Zeit. Nun werde ich immer wieder gefragt, ob ich noch an den Islam glaube, Alkohol trinke oder Schwein esse. Und noch ein sehr wichtiges Thema: Warum ich bis jetzt keinen Mann habe, ob ich es mir vorstellen kann, einen zu heiraten, der nicht Muslim, nicht Ägypter ist. Wer ich wirklich bin und was ich sonst im Leben tue, wird dort nicht wertgeschätzt.

## Nie richtig angekommen

Tatsächlich bin ich nie richtig in Kairo angekommen. Mit den meisten meiner Freundinnen kann ich nicht abends draußen sein und auf keinen Fall reisen. Die Männer einiger meiner Freundinnen haben ihnen verboten, den Kontakt zu mir zu halten oder mich zu besuchen. Viele Freundinnen besuchen mich in ihren Wohnungen, wo die Vorhänge geschlossen sind, damit die Nachbarn sie nicht ohne Kopftuch sieht. Manchmal soll ich das Kopftuch dabei anlegen, damit sie keinen Ärger mit ihren Eltern bekommen. Dann fühle ich mich eingeschränkt und nicht respektiert. Dennoch: Mir ist es sehr wichtig, eine enge Verbindung zu meiner Heimat zu halten. Es dauert nicht lange, bis ich wieder nach Berlin zurückkomme. Nach Hause. Ich atme tief durch und fühle mich entspannt. In meinem Zimmer mache ich die Vorhänge auf, drehe den Fahrradschlüssel wieder auf meinen Schlüsselbund. Und ich hänge den Mantel und das Kopftuch an die Garderobe, wo sie bis zum nächsten Kairo-Besuch bleiben. ●



**HEND TAHER** (26) studiert Islamwissenschaften und arbeitet als freie Journalistin. Der Text erschien zuerst in dem von der FNF finanzierten Projekt #jetzttschreibenwir. Das Projekt #jetzttschreibenwir ist eine Kooperation mit dem Berliner *Tagesspiegel*.

oder Zug geredet. Am letzten Tag traute ich mich, mich auf die Wiese unter einen Baum zu legen. Ich guckte in den blauen Himmel und dachte, hier sei das Paradies.

## Das Problem mit der Freiheit

Nach dem Studium habe ich rebelliert. Ich bin nach Deutschland gekommen und habe ein selbstständiges Leben begonnen. Ich fühlte mich wie ein Vogel, der noch nicht gut fliegen kann. Ich musste Entscheidungen treffen, Situationen einschätzen und Probleme lösen. Bald konnte ich mich mit dem Kopftuch nicht mehr identifizieren. Ich hatte seit meiner Kindheit Kopftuch getragen, zuerst in der Moschee, dann in der Schule. Als ich das Kopftuch ablegte, wollte ich mich vielleicht von meinem alten Leben abgrenzen. Dann kam die Frage: Wie



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
**ist stellvertretende**  
**Vorsitzende des Vorstands**  
**der Friedrich-Naumann-**  
**Stiftung für die Freiheit.**

## Facebook zerschlagen

Die Zusammenführung von Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen: untersagt. Dass das Bundeskartellamt als nationale Behörde so gegen Facebook vorgeht, trifft einen gesellschaftlichen Nerv. Dieser Schritt hat auch unter Juristen viel Aufmerksamkeit bekommen und wirft Fragen auf. Die US-Senatorin Elizabeth Warren fordert sogar die Zerschlagung des Konzerns. Datenschutz und Kartellrecht im Wettstreit?

Facebook hat einen Grad an Nutzer- und Datenmarktmacht erreicht, der Monopolcharakter hat. 2,7 Milliarden Menschen loggen sich regelmäßig auf Facebook, WhatsApp und Instagram ein. Sie hinterlassen mit jedem Seitenaufruf digitale Fußabdrücke, die gespeichert und für Werbezwecke genutzt werden. Die Nutzer haben keine Datenhoheit, können sich aufgrund der marktbeherrschenden Stellung der Facebook-Produkte aber kaum vom sozialen Netzwerk abkoppeln. Das würde zum Verlust der digitalen Bindungen führen, die oft über Hunderte Kilometer und Landesgrenzen hinweg vernetzt sind. Wirklich relevante Alternativen zu diesem sozialen Netzwerk gibt es derzeit nicht. Das Bundeskartellamt hat eine wichtige Entscheidung getroffen, um diese marktbeherrschende Stellung zu schwächen und wieder etwas mehr Wettbewerb zu ermöglichen. Das kommt gerade den Nutzern, also den Verbrauchern zugute.

Facebooks Marktmacht konzentriert sich auf die Nutzer und deren Daten. Diese allein bringen dem Konzern jedoch keinen Umsatz. Erst in der umfassenden Vernetzung, Verarbeitung und Auswertung der Daten können die attraktiven Werbeplätze geschaffen werden, die Facebook wirtschaftlich so schwergewichtig machen. Übermäßige Datenverarbeitung kann auch Marktmacht begründen. Das Bundeskartellamt hat einen Schritt zur Entflechtung von Facebook in Deutschland gemacht. Es bleibt abzuwarten, wie die Gerichte entscheiden werden.

Was wir brauchen, ist eine intensive Debatte über die Ausgestaltung des Kartellrechts zum Umgang mit der Digitalisierung. Und damit über die wirkungsvollsten Maßnahmen, um monopolistische Strukturen konsequent aufzubrechen. Das kann, wie die frühere US-Kartellrechtsentscheidung zu Microsoft gezeigt hat, auch eine Zerschlagung, also die Aufteilung eines Konzerns sein. Gegebenenfalls muss das europäische Kartellrecht verschärft werden.

Illustration: Julian Rentzsch



# WIRTSCHAFT



**Warum die Milchkanne 5G braucht** – gerade Betriebe im ländlichen Raum sind auf schnelles Internet dringend angewiesen. // Seite 34



**Hartz IV** Ein Nebenjob ist ein Schritt aus der dauerhaften Sozialhilfe. Doch das lohnt wegen der geringen Hinzuverdienstgrenzen kaum. Eine ifo-Studie macht Reformvorschläge. // Seite 36

*In vielen Städten herrscht große Wohnungsnot. Wie kann gegengesteuert werden?*

**Barbara Ettinger-Brinckmann**  
im Interview // Seite 38

**Bürgergeld** Besser alle Sozialleistungen aus einer Hand statt mit der Gießkanne // Seite 37

**Karen Horn** hält die Grundrente für schlecht gedacht und gemacht. // Seite 40

**Energiemarkt in Europa** Die Zeiten der staatlich kontrollierten Monopolmärkte bei Gas und Strom sind zum Glück (fast) vorbei. // Seite 41



**Karl-Heinz Paqué** erkennt eine neue Mode in Europa: Monopolkapitalismus. Ein Spiel mit dem Feuer und ein Verrat an der sozialen Marktwirtschaft. // Seite 42



5G an jeder Milchkanne

# Provinziell ist nur die Politik

Bei der Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G droht Deutschland eine abermalige Spaltung in Stadt und Land. Dabei benötigen gerade die Betriebe im ländlichen Raum das schnellste Internet.

**Florian Flicke**

**V**

ielleicht sollte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek eine ihrer nächsten Dienstreisen in das kleine Dörfchen Löbnitz in der Magdeburger Börde antreten. Dort, auf dem Hof von Carl-Albrecht Bartmer, sieht es nur auf den

ersten Blick wie im romantisierenden TV-Spot aus: ein Landhaus mit weißen Fensterrahmen, umrankt von Rosenstöcken, Zitronenbäumchen auf der Terrasse, dazu ein zur Begrüßung freundlich wedelnder Hofhund sowie grasende Pferde direkt neben dem Wohnhaus. Doch spätestens wenn die Forschungsministerin mit Bartmer sprechen oder einen Blick in die Führerhäuser des modernen Fuhrparks aus Mähdreschern

oder Traktoren werfen würde, wüsste sie: Sie hat sich massiv geirrt, als sie Ende 2018 sagte: „5G ist nicht an jeder Milchkanne notwendig.“

„Das ist eine erstaunliche Fehleinschätzung, hinter der sich ein vollkommen falsches Verständnis von moderner Landwirtschaft verbirgt“, wundert sich Carl-Albrecht Bartmer über die Aussage der Ministerin. Nicht nur die Menschen und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum benötigen nach seinen Worten das schnellste Internet, sondern auch und gerade die landwirtschaftlichen Betriebe.

Dabei fußt Innovation auf Tradition: Bartmer, von 2006 bis 2018 Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, führt auf Gut Löbnitz einen traditionsreichen Familienbetrieb. Wobei das Wort „Betrieb“ leicht untertrieben ist: Insgesamt bewirtschaftet der heute 58-jährige mit seiner Familie und seinen Mitarbeitern rund 1.000 Hektar. Auf den Feldern der Bartmers gedeihen Weizen, Raps, Erbsen, Mais oder Zuckerrüben. Tiere, abgesehen von den privat genutzten Pferden, halten sie nicht.



Der vierfache Familienvater kam in Lingen an der Ems zur Welt. Seine Vorfahren waren aber seit fast 300 Jahren um das kleine Dorf Löbnitz bei Staßfurt im heutigen Sachsen-Anhalt als Landwirte tätig. Bartmers Großvater, der den Betrieb Mitte der 1920er-Jahre von seinem Vater erbte, steuerte das Gut durch die Wirren des Zweiten Weltkriegs - bis dieses 1945 wie andere mehr als 100 Hektar große Betriebe vom späteren DDR-Regime zwangsenteignet wurde.

### Wiederaufbau nach der Wende

Kurz nach dem Mauerfall kehrte sein Enkel Carl-Albrecht an die alte Familienwirkungsstätte als Pächter zurück. Ihm gelang, diesen Betrieb wieder neu einzurichten und letztlich erneut für seine Familie zu erwerben. Doch bei aller Freude über das Erreichte treiben Bartmer stellvertretend für die gesamte Branche Zukunftssorgen um: „Wir müssen unbedingt verhindern, dass der ländliche Raum von den technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen abgehängt wird. Wohin eine solche Entwicklung politisch sonst führen kann, zeigt der hohe Stimmenanteil für Donald Trump im Mittleren Westen bei der US-Präsidentenwahl 2016.“

Um genau das zu verhindern, sei 5G notwendig - auch und gerade bis zur letzten Milchkanne. „Bereits heute ist die Landwirtschaft smart“, meint Bartmer. GPS-Systeme, Drohnen und Sensoren etwa in Traktoren sorgen dafür, dass die Fahrzeuge die Ackerflächen zentimetergenau bearbeiten. Die Daten über Düngemengen oder Pflanzenwachstum werden auf lokalen Rechnern oder in Cloud-Datenbanken gespeichert und ausgewertet. All das ist längst Wirklichkeit, hat aber mit der Vision des „Digital Farming“ noch herzlich wenig zu tun. Beim Digital Farming sind Traktor, Mähdrescher, Sämaschine oder Güllewagen über das World Wide Web überall und ständig miteinander und mit externen Großrechnern verbunden. Die Maschinen kommunizieren in Echtzeit miteinander; digitales Auftragsmanagement, Fernwartung und -einstellung von Landmaschinen, selbst die automatisierte Steuerung eines Traktors sind da keine Utopie mehr. Das spart vor allem Ressourcen und reduziert

ökologische Nebenwirkungen auf ein Minimum. „Voraussetzung für digitale Landwirtschaft ist aber ein maximal schnelles Netz - kurz: 5G“, meint Bartmer.

### Bevölkerungswachstum erfordert höhere Erträge

Besonders die globale Bevölkerungsentwicklung erfordert nach seinen Worten eine noch effektivere und effizientere Landwirtschaft - und daher noch mehr Digitalisierung: Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO, sagt voraus, dass die weltweit produzierte Lebensmittelmenge um weitere 50 Prozent steigen muss, um die wachsende Weltbevölkerung auch 2050 angemessen zu versorgen. Verschärfend kommt hinzu, dass die pro Kopf zur Verfügung stehende landwirtschaftliche

Nutzfläche von Jahr zu Jahr zurückgeht. 2050 beträgt sie nach Hochrechnungen der FAO nur noch weniger als die Hälfte der Fläche aus dem Jahr 1970.

Die Herkulesaufgabe für die Landwirte weltweit lautet daher: auf weniger Fläche deutlich mehr zu ernten - und das nachhaltig. Gerade Hightech kann helfen, dass das gelingt, ohne die Umwelt über Gebühr zu belasten. „Wer Nachhaltigkeit ernst nimmt und weniger Einsatz von Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln fordert, muss dafür auch die technologischen Voraussetzungen schaffen - und das sind insbesondere schnellste Datenleitungen in der Fläche“, sagt Bartmer. Modernste Hightech-Sensoren, die die Boden- und Pflanzenwerte in Echtzeit ermitteln und übertragen, helfen dabei, den Einsatz von Dünger oder Pflanzenschutzgaben zu

minimieren. „Passgenauigkeit statt grober Daumen, komplexe Algorithmen und Prognosemodelle etwa für Pflanzenerkrankungen statt hundertjähriger Kalender“, erläutert Bartmer, „das ist der Pfad einer verantwortungsvollen Landwirtschaft der Moderne.“ ●



**Carl-Albrecht Bartmer**

Von 2006 bis 2018 stand Carl-Albrecht Bartmer an der Spitze der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Doch das Verbandsamt betrieb der 58-Jährige stets nur als Nebenberuf. Mit Leidenschaft beackert Bartmer mit seiner Familie und seinen Mitarbeitern rund 1.000 Hektar Land.



*„Voraussetzung für digitale Landwirtschaft ist ein maximal schnelles Netz.“*

**Carl-Albrecht Bartmer**

**FLORIAN FLICKE** wuchs im Dörfchen Lübars im Berliner Stadtteil Reinickendorf auf. Zur großen Landwirtschaftskarriere genügte das aber nicht. Vor Antritt seines Journalistikstudiums arbeitete er zwei Monate auf einem Bauernhof. Im Zeugnis stand: „Er hat sich stets bemüht.“



# Arbeit muss sich wieder lohnen

Ein Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung mit dem Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) greift die aktuelle Debatte zur Reform von Hartz IV auf und macht neue Vorschläge für eine Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen.

**H**artz IV hat seit der Einführung 2005 starkes Wachstum in Deutschland ermöglicht und ist dennoch umstritten. Neben der Grundsicherung soll Hartz IV Menschen in Arbeit bringen – was zu selten gelingt. Das Kernproblem wird oft verkannt: Für viele Hartz-IV-Empfänger lohnt es sich finanziell nicht zu arbeiten. Es ist grotesk, dass Hartz-IV-Empfänger nach Abzug des Freibetrags von nur 100 Euro von jedem weiteren verdienten Euro maximal 20 Cent behalten dürfen. Eine nachhaltige und finanzierbare Sozialreform ist notwendig, um Hartz-IV-Empfänger wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die von uns in Auftrag gegebene Studie analysiert zehn Reformoptionen, durch die Arbeitsanreize im unteren Einkommensbereich verbessert werden könnten.

**4.008.785**  
Personen

haben im Durchschnitt  
im laufenden Jahr in  
Deutschland Arbeitslosengeld II  
(Hartz IV) bezogen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; März 2019

In allen Modellen werden die Sozialleistungen wie Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag zu einer Leistung zusammengefasst. Das baut Bürokratie ab und sorgt für eine zielgenaue Ausgestaltung der Leistungen. Die Hinzuverdienstgrenzen werden verbessert: Wer mehr arbeitet, hat auch mehr Einkommen. Ein beispielhaftes Reformmodell sieht vor, dass bis zu einem

Monatsverdienst von 300 Euro 90 Prozent, bis 700 Euro 70 Prozent und bei höheren Verdiensten 60 Prozent auf die Grundsicherung angerechnet werden. So werden die finanziellen Arbeitsanreize erhöht, ein positiver Beschäftigungseffekt erzielt und die Steuerzahler um 1,3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Alle Reformoptionen führen zu mehr Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Fast 300.000 neue Jobs sind möglich. Die öffentlichen Haushalte werden kaum belastet. Die neuen Jobs sorgen langfristig sogar für Investitions- und Entlastungsspielräume. Die Einkommen der betroffenen Haushalte steigen. Armut und Ungleichheit sinken. Die Reformoptionen zeigen, dass bessere Arbeitsanreize und mehr Gerechtigkeit bei Hartz IV möglich und notwendig sind. ●

**Annett Witte**

Foto: Wolfram Steinberg/picture alliance



## Liberales Bürgergeld

# Den Sozialstaat besser machen

Die Freien Demokraten setzen sich seit Langem für eine grundlegende Reform des Sozialstaats ein. Ziel des liberalen Bürgergelds ist, die Vielzahl an Sozialleistungen zu bündeln, aufeinander abzustimmen und aus einer Hand auszuzahlen, schreibt **Gastautor Pascal Kober**, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.



## VIER PUNKTE SIND FÜR DIE IDEE DES LIBERALEN BÜRGERGELDS ZENTRAL:

### 1. LEISTUNGEN BÜNDELN

Das Beantragen von Sozialleistungen ist heute ein echter Hürdenlauf. Das wird künftig schneller gehen, indem Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Wohngeld oder Kinderzuschlag gebündelt werden. Das reduziert die Bürokratie, entlastet die Behörden und setzt mehr Ressourcen frei, die sinnvoller für die Jobvermittlung genutzt werden können.

### 2. ZUVERDIENSTGRENZEN VERBESSERN

Wer Hartz IV bezieht und arbeiten will, wird heute förmlich ausgebremst. Das derzeitige System ist demotivierend, leistungsfeindlich und ungerecht. Von einem 450-Euro-Job dürfen Hartz-IV-Empfänger derzeit lediglich 170 Euro behalten. Eine Alleinerziehende mit drei Kindern, einem Einkommen von 1.800 Euro brutto und damit Anspruch auf diverse Sozialleistungen behält von ihrem erarbeiteten Einkommen derzeit lediglich 320 Euro, da dieses rigide auf die Leistungen angerechnet wird. Die Freien Demokraten wollen die Zuverdienstgrenzen daher verbessern und Fleiß belohnen. Nach diesem Reformmodell wird diese Mutter künftig 690 Euro von ihrem Einkommen behalten. Eine echte Verbesserung für sie und für alle. Das ifo-Institut bestätigt, dass das Modell finanzierbar ist und damit 300.000 Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit geholt werden können.

### 3. AUF WEITERBILDUNG UND NACHHALTIGKEIT SETZEN

Die Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit sind vielfältig. Um diese anzugehen und Betroffene nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, ist eine individuelle und intensive Betreuung notwendig. Die FDP will künftig möglichst allen ermöglichen, mittels Lohnkostenzuschüssen und begleitendem Coaching im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dafür soll der Zugang zu Weiterbildung vereinfacht und die Betreuungsschlüssel in den Jobcentern deutlich verbessert werden.

### 4. FLEISS UND LEBENSLEISTUNG ANERKENNEN

Wer nach einem langen Erwerbsleben plötzlich auf Hartz IV angewiesen ist, stellt sich kaum besser als jemand, der bisher nicht oder nur wenige Jahre gearbeitet hat. Der Fleiß und die Lebensleistung müssen mehr anerkannt werden. Die Idee: Das Schonvermögen soll auf bis zu 30.000 Euro deutlich erhöht und eine selbst genutzte Immobilie und das Auto sollen davon ausgenommen werden.

Die Freien Demokraten betrachten Sozialpolitik vorrangig als Chancenpolitik. Sie wollen es den Menschen ermöglichen, Chancen zu erkennen und diese erfolgreich für sich zu nutzen. Ziel ist ein moderner Sozialstaat, der es den Menschen einfach macht.



Interview mit Barbara Ettinger-Brinckmann

# „Aufwendig, langwierig, teuer“

In Deutschlands Ballungsräumen herrscht Wohnungsnot. Doch hohe bürokratische Auflagen und langwierige Verfahren bremsen Investitionen oftmals aus, sagt **Barbara Ettinger-Brinckmann**, oberste Repräsentantin der rund 135.000 deutschen Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner.

## Das Wohnen in den Großstädten wird immer teurer. Warum eigentlich?

Der größte Kostentreiber ist der Bodenpreis. In den Metropolen ist der Boden seit jeher ein knappes Gut. Zur Jahrtausendwende herrschte noch der Glaube, Deutschland sei „gebaut“, und man rechnete mit einem Rückgang der Bevölkerungszahlen. Und jetzt geht die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Deutschland wächst wieder, die Einwohnerzahlen steigen, vor allem durch EU-Binnenwanderung, durch Migration und eine höhere Geburtenrate.

Das ist auch hier in Kassel zu beobachten, wo ich lebe und arbeite. Vor 15 Jahren nahm man an, die Stadt würde schrumpfen. Jetzt hält der Wohnungsbau nicht mehr Schritt mit der Nachfrage.

## Demnach haben Politiker genauso versagt wie die Auguren, die die Bevölkerungsentwicklung voraussagen.

Darüber will ich nicht richten, denn Prognosen haben ja bekanntlich das Problem, dass sie auf die Zukunft gerichtet sind. Es kommt jedoch ein weiterer Punkt dazu:

Nach wie vor steigt der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch. Wenn wir auf dem Stand von 1960 wären, als der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung bei etwas mehr als 20 Quadratmetern lag, hätten wir heute keinen Mangel. Tatsächlich beträgt die Wohnfläche pro Kopf heute aber etwa 45 Quadratmeter, und sie steigt weiter um einen Quadratmeter pro Jahr. Nehmen wir nochmals Kassel mit seinen 200.000 Einwohnern: Um dieses Wachstum der Nachfrage zu befriedigen, müssten wir allein hier jedes Jahr 200.000 Quadratmeter neu bauen. Das würde rein rechnerisch aber keine einzige Wohnung mehr bedeuten.

Bei teureren Wohnungen funktioniert das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage. Dort gibt es kaum bis keinen Mangel. Ganz anders im niedrigeren Mietsegment: Warum zögern die Investoren hier?

Besonders die hohen Grundstücks- und Baukosten in den Metropolstädten führen nur bei entsprechend hohen Mieten zu einer ausreichenden Rendite – und das trotz der niedrigen Zinsen. Und ein privater Investor kann nur bauen, wenn sich der Bau rechnet. Deswegen muss hier der Staat tätig werden und mithilfe der Wohnungsbauförderung, einer Renaissance des sozialen Wohnungsbaus und einer aktiven Bodenpolitik bezahlbaren Wohnraum schaffen. Der großflächige Verkauf städtischen Wohnungseigentums vor ein paar Jahren hat leider vielen Kommunen ein wichtiges Steuerungsmittel aus der Hand genommen.

Harter Tobak. Weil der Markt versagt, soll es der Staat richten? Fesselt nicht vielmehr der Staat den Markt? Die Zahl der Bauvorschriften hat sich seit 1990 bis heute auf 20.000 vervierfacht, errechnete vor Kurzem der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen.

Ja, allein wir Architekten müssen mit rund 2.500 Vorschriften und Normen hantieren. Das macht das Bauen aufwendig, langwierig und oft auch teuer. Aber man hat auch regelmäßig einen Gegenwert, was Qualität und Nachhaltigkeit angeht. So bewirken beispielsweise die Energiesparvorgaben,



dass die Häuser wesentlich energieeffizienter sind als früher. Aber noch einmal: Die Vielzahl der zu berücksichtigenden Normen ist sicherlich ein Thema - die hohen Bodenpreise ein anderes.

**Wenn es mit der Preisentwicklung so weitergeht, werden sich der Polizist, die Krankenschwester oder die Erzieherin eine Wohnung in der übervollen City nicht mehr lange leisten können.**

Beim Wohnungsgipfel der Bundeskanzlerin haben wir genau dazu zahlreiche Vorschläge unterbreitet, die insbesondere in zwei Richtungen gehen: Innenentwicklung in den Städten sowie Erschließung der vielen außerstädtischen Gebiete. In den Städten geht es um Themen wie Lückenschließung, Umnutzung oder auch Aufstockung, um nicht weiteren Grund und Boden zu versiegeln. Die Bundesarchitektenkammer hat an einer Studie mitgearbeitet, um das Potenzial durch die Aufstockung von bestehenden Wohngebäuden zu errechnen: 1,1 Millionen zusätzliche Wohnungen mit einer mittleren Wohnfläche von 85 Quadratmetern könnten auf diese Weise entstehen - und das ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand für Infrastruktur. In den außerstädtischen Gebieten geht es um die Nutzung der dort vorhandenen Potenziale, die ohne Anbindung an die Städte, also den öffentlichen Nahverkehr, und einen vernünftigen Breitbandausbau nicht zu heben sind. Rund 200.000 bestehende Wohnungen suchen hier ihre Bewohner, die auch kommen würden, wenn sie denn bequem und zeitlich flexibel das große Angebot an Arbeit, Freizeit und Kultur in den Städten besser nutzen könnten. Wir sprechen hier von dezentraler Konzentration. Wir sind mit der Bundesregierung daher gerade in Gesprächen, wie auf Basis der vielen verfügbaren Daten schnell ein qualifiziertes Kataster der Flächenpotenziale entwickelt werden kann.

**Warum wird das dann nicht im großen Stil gemacht?**

Bei der Innenentwicklung hemmt uns oftmals das Baurecht mit vorgegebener Geschossflächenzahl, Abstandsfläche oder Stellplatzanforderung. Viele Kommunen

bestehen auf ihren Vorgaben für ein oder zwei Stellplätze pro Wohnung. Das macht das Aufstocken teuer und damit unrentabel, wenn nicht gar unmöglich. Der Föderalismus trägt zu einer sehr heterogenen Landschaft im Bereich des Baurechts bei. Das erleichtert Veränderungen nicht gerade.

**Was machen andere Industriestaaten besser als wir?**

Nehmen Sie etwa die dicht bebauten Niederlande. Die Wohnungen sind regelmäßig etwas kleiner, dafür aber ist das soziale und kulturelle Angebot leichter erreichbar. Zudem sind in den Niederlanden zumindest Neubauten von der Grunderwerbsteuer befreit. Auch der Eigentumserwerb wird dort und in anderen europäischen Staaten viel mehr gefördert als bei uns. Oder Österreich, das gerade in Wien zeigt, wie mit guter Architektur bei einer gemischten Einkommensstruktur äußerst lebenswerte Stadtteile für vielfältige gesellschaftliche Strukturen entstehen. ●



#### **BARBARA ETTINGER-BRINCKMANN**

ist seit 2013 Präsidentin der Bundesarchitektenkammer e. V. (BAK). Der Zusammenschluss der 16 Länderarchitektenkammern in Deutschland vertritt die Interessen von fast 135.000 Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplanern. Die gebürtige Rheinländerin machte 1974 ihr Diplom und arbeitet seit 1980 freischaffend in Kassel. Ihr Partnerbüro ANP ist in den Gebieten Hochbau, Städtebau/ Stadtplanung und Verkehrsmanagement tätig.



## GRUNDRENTE

# Schlecht gedacht, schlecht gemacht

**D**ie Sozialdemokraten kämpfen um das politische Überleben. Mit einem beherzten Sprung nach links soll das gelingen. Freilich führt ihr Vorschlag in der Debatte um die Grundrente zur Bekämpfung der Altersarmut vor Augen, dass für sie „links“ offenbar wieder das bedeuten soll, wofür es schon in der Vergangenheit viel zu lange stand: eine unaufgeklärte, verschwenderische Wirtschaftspolitik.

Das soziale Anliegen ist unstrittig. Das Risiko der Altersarmut nimmt in Deutschland zu, nicht zuletzt wegen der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, mit denen die Hartz-Reformen erfolgreich viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit geholt haben. Dass man sich hier kümmert, sollte in einer sozialen Marktwirtschaft selbstverständlich sein. Ihr Wesen macht nach den Worten des Vordenkers Alfred Müller-Armack aus, dass sie „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ vermag. Müller-Armack sah in dieser immer wieder neu auszutrierenden Verbindung des Sozialen mit dem Markt eine Formel für den gesellschaftlichen Frieden. Damit ist sein Konzept heute wieder von großer Aktualität, wo dieser Frieden fragil geworden zu sein scheint, wohinter allerlei Kränkungen stecken, die sich sozial-medial rasch zur Massenempörung aufschaukeln.

Eine verständliche Kränkung dürfte in der Tat empfinden, wer jahrelang zu ohnehin kargem Lohn gearbeitet und seine Rentenbeiträge gezahlt hat, aber auf seine alten Tage nicht mehr als die Grundsicherung erhält. Hier kann man freilich schon mit Freibeträgen Abhilfe schaffen. Das Konzept indes, das die Sozialdemokraten vorgelegt haben, ist schlecht durchdacht und

schlecht gemacht, im Grundsatz wie im Detail. Es vermag überhaupt nur eine Minderheit der Betroffenen zu erreichen, schafft eine Fülle neuer Ungerechtigkeiten und verfehlt am Ende das eigene Ziel. Da hilft alle „Respekt“-Rhetorik nichts. Und für all das wäre der überhöhte Preis zu zahlen, dem ohnehin arg belasteten Rentensystem (und damit der jungen Generation) abermals erhebliche Zusatzkosten aufzubürden und den für die Nachhaltigkeit so wichtigen Zusammenhang zwischen lohnabhängiger Beitragsleistung und Auszahlungsanspruch in der Rentenversicherung noch weiter aufzulösen.

Das wäre unklug. Die soziale Marktwirtschaft verlangt, wie Müller-Armack schrieb, „den sozialen Zweck zu sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen“. Nur so kann der Wohlstand wachsen und der gesellschaftliche Frieden Bestand haben. Das sollte auch ein linkes Anliegen sein. ●



**Karen Horn** lehrt als Lehrbeauftragte an der HU Berlin, der Universität Witten/Herdecke, der Universität Siegen sowie an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt.

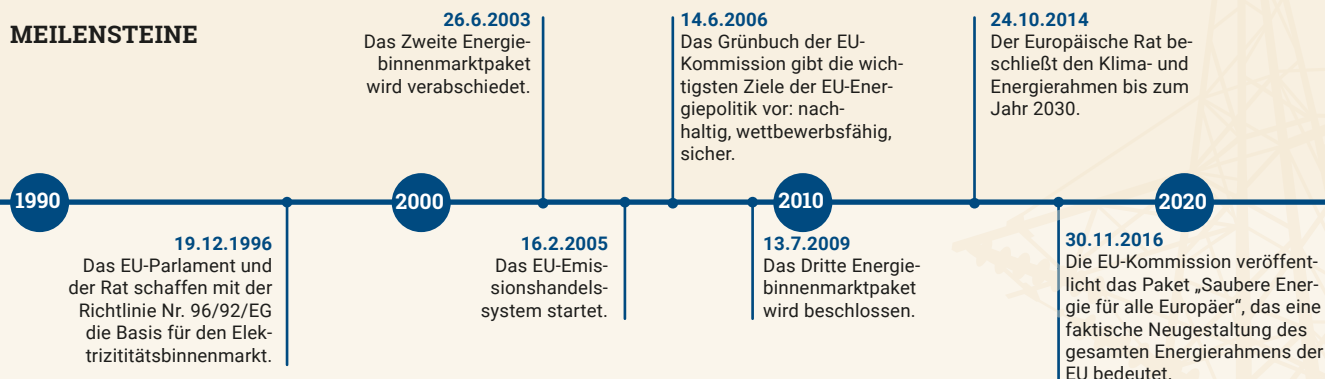
Arbeitsmarkt, Sozialsysteme, Steuern – in vielen Bereichen hat Deutschland dringenden Reformbedarf und braucht neue Ideen. An dieser Stelle bitten wir daher renommierte und überzeugte Marktwirtschaftler um ihre Meinung zu drängenden ordnungspolitischen Fragen. Den Anfang macht Karen Horn.



# Energetische Gemeinschaft

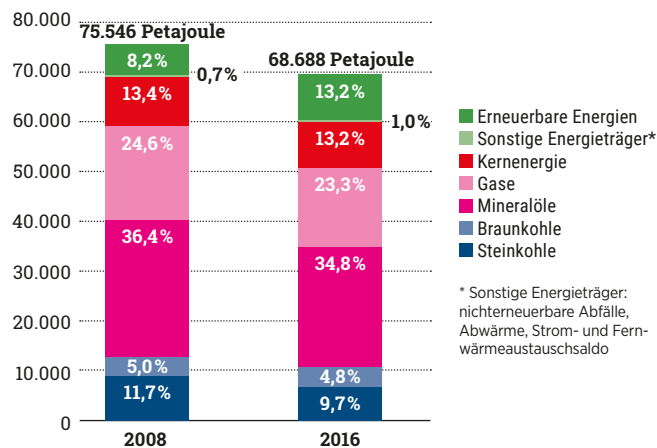
Monopolartige Zustände herrschten vor etwa 20 Jahren auf den nationalen Märkten für Strom und Erdgas in Europa. Die Versorger, oft in öffentlicher Hand, kassierten Marktbeherrscherprofite – zulasten von Wettbewerb, Innovation und Verbraucherschutz. Diese Zeiten sind zum Glück (fast) vorbei.

## MEILENSTEINE



## DIE ERNEUERBAREN HOLEN AUF ...

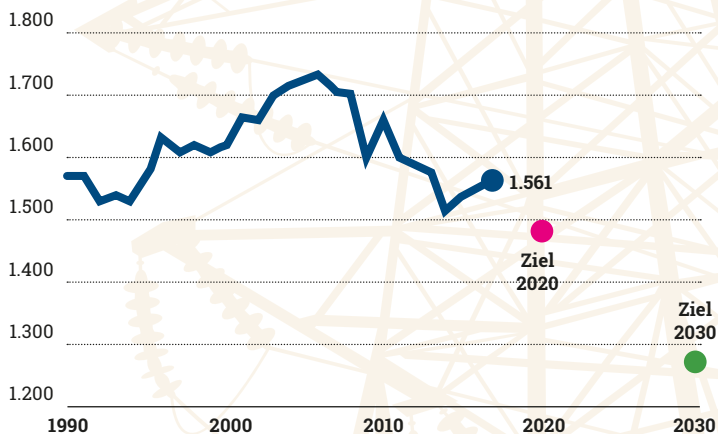
Primärenergieverbrauch der EU nach Energieträgern 2008 und 2016



Quelle: Eigene Darstellung UBA auf Basis Eurostat, Energiebilanzen, verschiedene Jahrgänge, Stand 02/2018

## ... DOCH DIE EIGENEN KLIMAZIELE SIND NOCH LÄNGST NICHT ERREICHT.

Primärenergieverbrauch der EU 2017 in Mio. Tonnen Rohöleinheiten



Quelle: Eurostat, 2019

## STROMHANDEL ÜBER GRENZEN HINWEG

Strom ist nahezu ein Wirtschaftsgut wie jedes andere und wird auf dem Großhandelsmarkt verkauft. Beim Handeln über Grenzen werden die Unterschiede beim Verbrauch und der Erzeugung besser ausgeglichen. Um alle Vorteile des Stromhandels zu erschließen, müssen aber Übertragungskapazitäten und Netzinfrastruktur weiter ausgebaut werden. Wie eng verwoben Europas Strommärkte bereits sind, belegt stundengenau die Website der Bundesnetzagentur. Das Beispiel zeigt den deutschen Stromexport und -import am 25.2.2019.

|        | Österreich | Tschechien | Schweiz | Schweden | Polen   | Niederlande | Frankreich | Dänemark   |
|--------|------------|------------|---------|----------|---------|-------------|------------|------------|
| Import | -173 MWh   | -1.761 MWh | 0 MWh   | -615 MWh | 0 MWh   | 0 MWh       | -1.708 MWh | -1.565 MWh |
| Export | 1.170 MWh  | 1.146 MWh  | 476 MWh | 0 MWh    | 360 MWh | 470 MWh     | 32 MWh     | 0 MWh      |

Quelle: Bundesnetzagentur, Stand 25. Februar 2019, 20:00 Uhr



**Karl-Heinz Paqué**  
ist Vorsitzender des  
Vorstands der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit.

# Monopolkapitalismus für Europa? *Ein falscher Weg*

Es ist kaum zu glauben: In Deutschland, der Heimat der sozialen Marktwirtschaft, wird immer häufiger darüber nachgedacht, wie und wo der Wettbewerb durch Fusionen beschränkt werden sollte. Wie ist es dazu gekommen?

Hintergrund sind die globalen Markterfolge von Facebook, Apple & Co., den US-Technologie-Giganten. Den eigentlichen Anlass aber liefert der Aufstieg großer chinesischer Unternehmen. Dies nährt hierzulande die Befürchtung, das kleine Europa könne sich den Luxus des Wettbewerbs auf den eigenen Märkten nicht mehr leisten. Es müsse eben seinen eigenen Unternehmen erlauben, mit höheren Preisen Monopolrenten abzuschöpfen und diese aggressiv zur Senkung ihrer Preise und zur Eroberung von Märkten im Rest der Welt einzusetzen. Dies gelte vor allem deshalb, weil China eine massive Technologie- und Industriepolitik betreibt und damit seine Unternehmen ungestraft subventioniert.

So weit die Strategie, wie sie vor allem Bundeswirtschaftsminister Altmaier vertritt. Sie läuft, überspitzt formuliert, darauf hinaus, dem Staatskapitalismus Chinas einen machtvollen Monopolkapitalismus Europas entgegenzusetzen. Das ist eine höchst fragwürdige Politik. Sie ist nicht nötig, denn es gibt bessere Wege, China mit Entschiedenheit entgegenzutreten – und zwar innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO). China ist Mitglied dort seit 2001 und will es als „Exportweltmeister“ auch bleiben. Für die EU ergibt sich damit die Chance, zur treibenden Kraft zu werden – zum Beispiel durch eine rasche Beilegung der amerikanisch-europäischen Konflikte, am besten durch Abschluss eines schlanken transatlantischen Freihandelsabkommens und durch gemeinsamen Druck auf China. Dies gilt auch für die sicherheitspolitische Diskussion, die derzeit im Umgang mit Chinas Informationstechnologie geführt wird. Diese Bedenken gehören mit in das Paket einer grundlegenden WTO-Reform.

Zugegeben, das ist ein schwieriger Weg, der im Notfall auch an Sanktionen mit Strafzöllen gegenüber China nicht vorbeiführt. Aber es ist die ordnungspolitisch angemessene Lösung. Monopole einfach zu erlauben oder gar politisch zu fördern, heißt letztlich jene Grundprinzipien aufzugeben, auf denen unsere soziale Marktwirtschaft selbst beruht. Dies ist gar nicht nötig und wird langfristig viel teurer – und zwar nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die Politik. Es kostet nämlich das wertvollste Kapital: die Glaubwürdigkeit.

Illustration: Julian Rentzsch



# KULTUR



**„Der Druck auf Juden nimmt jeden Tag zu“ – Interview mit dem Rapper Ben Salomo // Seite 44**

## **Ralf Dahrendorf**

Acht Anmerkungen zum Populismus – die Thesen und Gedanken, die der große Liberale 2003 zu dem Thema formuliert hat, haben an Bedeutung eher gewonnen.

**// Seite 46**



## **Schutz der Freiheitsrechte**

Gerhart Baum stellt das neue Buch von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vor. **// Seite 50**

*Soziale Marktwirtschaft?  
Paul Collier plädiert für  
sozialen Kapitalismus.*

**Karl-Heinz Paqué  
über die Debatte  
zur Marktwirtschaft  
// Seite 48**



**Gamification in deutschen Schulen:** Durch Spaß am Lernen können motivierende Ergebnisse erzielt werden, meint Bildungsforscherin **Sonja Ganguin. // Seite 51**

## **Mediencheck**

**Rezensionen zu aktuellen Filmen, einem Rockklassiker und einem hörenswerten Podcast // Seite 49**







# „Der Druck auf Juden nimmt jeden Tag zu“

Ben Salomo (\*1977 in Rechovot, Israel), bürgerlich Jonathan Kalmanovich, ist ein Pionier des Deutsch-Raps. Er verabschiedete sich wegen des zunehmenden Antisemitismus aus der Szene. In seiner hochgelobten Biografie „Ben Salomo bedeutet Sohn des Friedens“ berichtet er von seiner Suche nach Heimat und Identität.

## Interview mit dem Berliner Rapper Ben Salomo

Das Gespräch führte  
Christoph Giesa

**Sie beschreiben in Ihrem Buch antisemitische Erlebnisse schon seit der frühesten Jugend. Warum erheben Sie gerade jetzt die Stimme?**

Es stimmt, Antisemitismus habe ich immer schon erlebt. Aber ich merke, dass es in den vergangenen Jahren schlimmer, aggressiver, gewalttätiger geworden ist. Das habe ich eben auch im Deutsch-Rap erlebt. Die Radikalisierung im Deutsch-Rap ist einer der maßgeblichen Brandbeschleuniger für die Zunahme des Antisemitismus gerade unter jungen Menschen.

**Das müssen Sie erklären.**

Das Problem ist, dass Rap ein Phänomen ist, das junge Leute beeinflusst. Rapper sind für viele Jungs Vorbilder. Wenn diese dann in ihren Texten antisemitische Stereotype verbreiten, erreichen sie viele Kids, die davon zuvor nichts gehört haben, weil Antisemitismus in ihren Elternhäusern keine Rolle gespielt hat. Dann googeln sie, was es mit den Rothschilds auf sich hat, und wo landen sie? Auf antisemitischen Seiten, für

Foto: Christopher Civitillo



# „Egal, wo man hinschaut, wird das Thema Antisemitismus ignoriert, kleingeredet oder sogar damit Politik gemacht.“

die die Protokolle der Weisen von Zion keine nachweislich erfundene Lügengeschichte sind, sondern die Wahrheit. Und dann glaubt man auch, dass Israel den Arabern deren Land geklaut hat und die Palästinenser wie Sklaven hält. Historische Fakten oder der Hass, der von arabischen Politikern gegen Israel geschürt wird, spielen keine Rolle mehr.

**Wenn man sich Videos Ihrer Rap-am-Mittwoch-Veranstaltungen anschaut, hört man Punchlines, die auf Ihr Jüdischsein anspielen. Meistens lachen Sie selbst darüber. Wo endet der Spaß und wann wird bei Ihnen die Grenze zum Antisemitismus überschritten?**

Es ist wichtig, dass man die Regeln von Battle-Rap versteht, sonst kommt man bei dieser Frage nicht weiter. Wer zu einer Battle-Rap-Veranstaltung geht, egal, ob als Teilnehmer, als Gastgeber oder als Zuschauer, muss damit rechnen, verbal angegriffen zu werden. Das ist einfach Teil des Spiels. Wichtig ist nur, dass es kreativ ist und Gruppen nicht pauschal abwertet.

**Und was ist dann antisemitisch?**

Alles, was von der Logik her auch bezogen auf andere Gruppen diskriminierend wäre. Konkret vor allem Worte und Wortschöpfungen, die auch ohne jeglichen Kontext die Juden als Menschengruppe pauschal entwerten. „Judenpack“ etwa. Oder „Moslemsau“. Das geht genauso wenig wie etwa das N-Wort.

**Täuscht das, oder gibt es zunehmend mehr Juden der jüngeren Generation, die sich selbstbewusst zu Wort melden in der deutschen Debatte?**

Das täuscht nicht. Ich habe das Gefühl, dass immer mehr Juden sich das Recht nehmen, den Mund aufzumachen und einzufordern, was selbstverständlich sein sollte: dass auch wir ein gleichberechtigter Teil dieser Gesell-

schaft sind und wie andere Gruppen auch ein Recht darauf haben, hier frei und sicher zu leben.

**Dieses Selbstbewusstsein ist also nicht selbstverständlich?**

Wenn man in die Geschichte schaut, absolut nicht. Juden haben sich viel zu häufig ohne große Gegenwehr in ihr Schicksal gefügt. Wenn wir eines aus der historischen Betrachtung gelernt haben sollten, dann, dass wir uns nicht auf die Mehrheitsgesellschaft alleine verlassen können. Wir müssen uns selbst helfen. Das war für mich auch schon immer eine Leitlinie. Ich lasse mich nicht zum Opfer machen, sondern stelle mich auch denen, die mir ans Leder wollen, selbstbewusst in den Weg. Bisher bin ich damit gut gefahren.

**Aus Ihrer letzten Bemerkung kann man Kritik an der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft herauslesen.**

Ja, das ist richtig. Egal, wo man hinschaut, wird das Thema Antisemitismus ignoriert, kleingeredet oder sogar damit Politik gemacht. Auf unserem Rücken. Egal ob im konservativen Spektrum, im linken Spektrum oder im migrantischen Milieu, überall wird so getan, als sei doch alles gar nicht so schlimm. Dabei nimmt der Druck auf Juden in Deutschland und Europa jeden Tag zu. Egal, ob es um Gewalt im öffentlichen Raum geht, wenn man mit der Kippa auf die Straße geht, oder um Demonstrationen, auf denen „Juden ins Gas“ gerufen und Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Von dem Hass, der in den sozialen Netzwerken explodiert, ganz zu schweigen.

**Aber Deutschland hat doch das Existenzrecht Israels zur Staatsräson erklärt. Und offiziell will keine politische Kraft in Deutschland etwas mit Antisemitismus zu tun haben.**

Das sind doch alles bloß Lippenbekenntnisse. Deutschland stimmt in den UN-Gremien immer noch regelmäßig mit antisemitischen Regimen. Und eine Ausgrenzung von Antisemitismus, wenn er nicht gerade in Form der Holocaustleugnung daher kommt, geschieht in Deutschland kaum.

**Sie engagieren sich ja stark zu diesem Thema. Was möchten Sie gerne erreichen?**

Ich möchte Menschen aufrütteln und dazu bringen, tätig zu werden, wenn ihnen Antisemitismus begegnet. Schweigen wird bei diesem Thema immer als Zustimmung gedeutet, das muss jedem klar sein. Und ganz nebenbei geht es um die freie und offene Gesellschaft. Wenn Judenhass plötzlich wieder salonfähig ist, ist es nur eine Frage der Zeit, bis es die nächsten Gruppen erwischt. Und irgendwann dann auch diejenigen, die vorher noch dachten, Antisemitismus ginge sie nichts an. ●



**Ben Salomo**  
**Ben Salomo bedeutet**  
**Sohn des Friedens**  
Europa Verlag,  
Hardcover, 240 Seiten,  
18,- Euro,  
ISBN: 978-3-95890-259-6



Im Jahr 2003 erschien in der renommierten Kulturzeitschrift *Transit. Europäische Revue* ein Beitrag des liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf, der heute, in der Rückschau, fast schon visionär anmutet. Viele der Thesen und Gedanken, die Dahrendorf dort formuliert hat, haben über die Jahre an Bedeutung eher noch gewonnen, weshalb wir sie an dieser Stelle gern erneut vorstellen.

Wir präsentieren hier einen gekürzten Text. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird, gemeinsam mit dem Aspen Institute Deutschland, den Gesamttext in deutscher und in englischer Fassung als Publikation herausgeben, zu beziehen unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org).

## Ralf Dahrendorf Acht Anmerkungen zum Populismus

(zuerst veröffentlicht in Transit, 25/2003)

### 1

**Die Schwierigkeit beginnt schon mit dem Begriff Populismus.** Des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt. (...)

Die Grenze zwischen beiden, Demokratie und Populismus, Wahlkampfdebatte und Demagogie, Diskussion und Verführung ist nicht immer leicht zu ziehen. Der Populismusvorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente.

### 2

**Populismus wird rasch zum „Rechtspopulismus“.** Doch ist auch hier Vorsicht am Platze, schon weil einige der erfolgreichsten Populisten sich so ohne Weiteres nicht einordnen lassen.

Der Grund, warum Populismus und politische Rechte oft in einen Topf geworfen werden, liegt wohl darin, dass die Themen, an denen demagogischer Populismus aufschäumt, oft klassische Themen der Rechten sind. Heute gilt das vor allem für zwei Themen: Recht und Ordnung sowie die ganze Problematik der (...) Zuwanderer und ihrer Behandlung in demokratischen Staaten.

Beide Themen enthalten eine Lehre, die zur Erklärung der Erfolge von Populisten beiträgt: erst die Berührungsangst von Liberalen und Linken hat sie explosiv gemacht. Weil also Liberale und Linke die Themen zu vermeiden suchen, können Skrupelloosere aus ihnen Kapital schlagen. So ist „Recht und Ordnung“ selbst zu einem politisch rechten Begriff geworden, und es ist der Eindruck entstanden, die Liberalen und Linken würden Unrecht und Unordnung tatenlos hinnehmen. (...)

Es ist nicht nötig, die heikle Tagesordnung der öffentlichen Debatte denen zu überlassen, die daraus demagogisches Kapital schlagen wollen. (...)



### 3

#### **Dabei hilft möglicherweise die Tatsache, dass Populisten offenbar zum Regieren unfähig sind.**

Das ist zum Teil eine Frage der Persönlichkeiten. Rechtspopulistische Führer sind oft schillernde Gestalten, die schon darum in „normalen“ Parteien nicht weit kommen. Sie sind Randfiguren mit einer schrägen Attraktivität. Auch weil sie so anders sind, werden sie gewählt.

Zudem schaffen solche Populisten keine tragfähige Organisation um sich herum. Ihre Parteien sind lose gefügte Gebilde, voll von anderen ambitionierten Randfiguren, ohne programmatischen Kern und ohne organisatorische Disziplin. An ihnen zeigt sich in gewisser Weise, wofür politische Parteien am Ende doch gut sind.

Vor allem aber zeigt sich bei der Regierungsbeteiligung von Populisten, dass ihr Appeal gar nicht auf Aktion gerichtet ist. Populistische Gruppen sind Protestgruppen. Das klingt indes harmloser, als es ist.

### 4

**Nicht alle Themen für populistisches Handeln sind normalerweise auf der Rechten angesiedelt.** Angesichts dessen, was meist mit Globalisierung beschrieben wird, gibt es auch so etwas wie Linkspopulismus.

Auch hier wieder gilt, dass die Traditionsparteien ein Thema nicht oder zumindest nicht in der richtigen Weise auf die Tagesordnung der politischen Debatte gesetzt haben. Sie haben die neoliberale Antwort auf die Herausforderungen globaler Märkte missverstanden als Förderung eines Kapitalismus ohne Regeln und Grenzen. Sie haben auch vergessen, dass man zwar Freiheit vor Gleichheit stellen, aber dabei nicht vergessen darf, dass alle Bürger auf dem gleichen Boden der Grundrechte der Teilnahme stehen müssen.

### 5

**Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex.** Wenn Populisten regieren, merken sie das. Dann stehen sie ratlos vor der Komplexität. (...)

Mit Komplexität leben zu lernen - das ist vielleicht die größte Aufgabe demokratischer politischer Bildung. In reifen Demokratien wissen die Wähler, dass nicht alle Blümenträume der Politiker reifen können.

Für nichtpopulistische Politiker bedeutet das eine selbst komplexe Aufgabe. Sie müssen die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen. Komplizierte Zusammenhänge verständlich zu erklären, ist eine Hauptaufgabe demokratischer politischer Führer.

### 6

**Wirft man vor diesem Hintergrund den Blick auf Institutionen, so kommt einem zunächst das Instrument des Referendums in den Sinn.**

Auch dieses Thema - so ist die Welt! - ist komplex und verbietet einfache Antworten. (...)

Wahrscheinlich ist es nötig, eine politische Theorie des Referendums zu entwickeln, die dieses Instrument auf wenige Themen grundsätzlich allgemeiner Interessen beschränkt. Der häufigen, ja regelmäßigen Forderung nach nationalen Volksabstimmungen in großen Ländern haftet jedenfalls der Duft des Populismus eher an als der der Demokratie.

### 7

**Der Populismus ist im Kern antiparlamentarisch, auch wenn er sich der Parlamentswahlen bedient, um an die Hebel der Macht zu kommen.** Der Erfolg populistischer Bewegungen ist daher immer auch ein Zeugnis für die Schwäche von Parlamenten. Die parlamentarische, also repräsentative Demokratie ist das Mittel, um ein vorherrschendes Meinungsklima in konkrete und realistische Entscheidungen zu übersetzen. Wo das wirksam geschieht, bleibt für die großen Vereinfacher kein Platz.

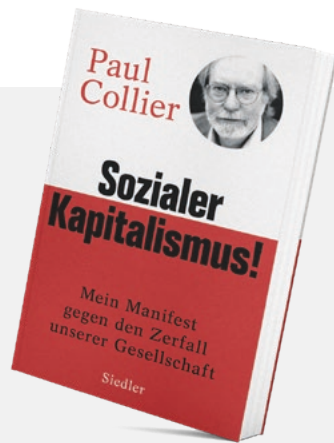
Das Parlament liefert im Prinzip dreierlei: einen Ort für die detaillierte Debatte von Themen, einen Ort für die Übersetzung der Debatte in Entscheidungen, und vor allem einen Ort, an dem dies nicht nur schnappschussartig, sondern über längere Zeit hin geschieht. Das ist an sich schon eine antipopulistische Funktion. Insofern steht das Parlament kraft Definition auf der Seite der Demokratie.

Den Prozess der Aushöhlung parlamentarisch-demokratischer Formen aufzuhalten und nach Kräften umzukehren, ist eines der großen Desiderate einer Politik der Freiheit heute.

### 8

**Die Räume, in denen politische Entscheidungen heute getroffen werden, sind diffuser geworden.** Wir werden regiert, ohne dass man mit dem Finger auf Regierungen zeigen könnte, die das bewerkstelligen.

Das bedeutet, dass vielerorts institutionelle Lücken entstanden sind, Räume, für die wir keine demokratischen Einrichtungen haben. Das sind Orte, an denen der Bazillus des Populismus gedeiht. Vor allem aber gibt es eine große generelle Lücke zwischen Bürgern und Mächtigen. Diese Lücke lädt zu Verschwörungstheorien aller Art ein, mit denen Populisten immer schon gerne gespielt haben. Sie ist insofern eine große und, wie es scheint, nachhaltige Gefahr für die Freiheit. Es geht nicht nur um ein Demokratiedefizit, das sich auch aufheben ließe, es geht um eine Demokratielücke, die zu füllen das Material noch fehlt. An Aufgaben für Demokraten fehlt es also nicht. ●



# Soziale Marktwirtschaft?

Paul Collier plädiert für sozialen Kapitalismus

**D**as Brexit-Votum der Briten 2016 war ein politisches Erdbeben. Inzwischen zeigt sich, dass es auch intellektuell einiges bewegt hat. Journalisten und Professoren im Vereinigten Königreich machen sich mehr denn je Gedanken über die Spaltung der Gesellschaft. Und nicht nur ihrer eigenen: Was auf den Britischen Inseln geschieht, ist natürlich für andere wirtschaftlich hochentwickelte Nationen von Bedeutung, auch für Deutschland.

„Sozialer Kapitalismus!“ So lautet der Titel des Buches von Paul Collier, renommierter Ökonom der Universität Oxford, das er nun in deutscher Übersetzung vorgelegt hat. Das Ausrufezeichen im Titel ist ernst zu nehmen: Der Autor fordert die Rückkehr zu einer Marktwirtschaft, die inklusiv ist, also bessere Aufstiegschancen und Durchlässigkeit bietet, als dies derzeit in seinem Land der Fall ist. Dessen Kapitalismus hat sich zwar als leistungsfähig erwiesen. Aber er hat die Gesellschaft gespalten, und zwar nicht nur in Reiche und Arme, sondern auch zwischen Metropolen und flachem Land, Gering- und Hochqualifizierten, Gewinnern und Verlierern der Entwicklung zur globalen Informationsgesellschaft.

Diese Diagnose ist nicht neu. Im Kern hat sie schon 2017 ein anderer Brite vorgelegt: der Journalist David Goodhart in seinem Buch „The Road to Somewhere –

The New Tribes Shaping British Politics“. Dessen prägnante Einteilung der Gesellschaft in „Anywheres“ und „Somewheres“ schimmert im Grunde auch überall bei Collier auf: die „Anywheres“ als jene Minderheit der Menschen, die sich in den Trends und Wellen des Wandels leicht zurechtfindet, sei es durch gute Bildung oder psychologische Disposition; und jene bodenständige Mehrheit, die „Somewheres“, die sich ökonomisch und gesellschaftlich auf der Verliererseite finden oder auch nur wännen. Sie setzen dem Wandel Widerstand entgegen; und sie liefern im Kern die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien.

Colliers Buch ist eine direkte Fortsetzung dieser längst laufenden Diskussion. Im Wesentlichen ist dabei seine Diagnose überzeugend: Sie billigt dem „Kapitalismus“ als System ohne Einschränkung jene Effizienz und Innovationskraft zu, die kein anderes Wirtschaftssystem erreichen kann. Insofern ist er weit davon entfernt, im Stil der politischen Linken eine Systemalternative zu fordern. Er beschreibt allerdings eindrucksvoll, wie die Ethik des verantwortungsvollen Handelns im Wandel der Zeiten erodiert ist: Einklagbare Rechte haben moralische Bindungen ersetzt – sei es in der Familie, im Unternehmen oder gegenüber einem Sozialstaat, der hoffnungslos überfordert und überlastet ist. Auch international erkennt er ein

verhängnisvolles Gefälle: zwischen Gesellschaften, die durch Abwanderung an Leistungskraft ausbluten – etwa in Nordafrika und im Nahen Osten –, und den Zuwanderungsländern, wo der emotionale Widerstand der bodenständigen Bevölkerung gegenüber Immigranten das Gefühl der Solidarität und Zusammengehörigkeit erschüttert.

Was ist zu tun? Paul Colliers Rezepte sind nicht mehr als erste Anstöße zum Nachdenken – kein Wunder bei der Komplexität der gesellschaftlichen Situation. Sein oberstes Ziel ist es, die gesellschaftliche Mitte wieder zu stärken. Da liegt er richtig. Seine konkreten Empfehlungen wirken dabei allerdings zum Teil hilflos – etwa wenn er für Großbritannien vorschlägt, dass die Parteivorsitzenden nur mehr von politisch erfahrenen Mandatsträgern gewählt werden sollten und nicht mehr von allen Mitgliedern, von denen zu viele den ideologisierten Extremen zuneigen. Wo bleibt da die Demokratie? Am meisten überzeugt sein eher allgemeines Plädoyer, die arbeitende Mitte der Gesellschaft mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und Sorgen politisch viel ernster zu nehmen, als dies bisher geschehen ist – und zwar quer durch alle Debatten und Inhalte, von der beruflichen Bildung bis zu Fragen der Einwanderung und der Rolle der Familie.

Für deutsche Leser mit langem Gedächtnis enthält Colliers Buch mehr als eine Prise Ironie: Vieles von dem, was der Autor am britischen Kapitalismus vermisst, findet sich in erheblich stärkeren Spurenelementen in Deutschland, trotz aller widrigen Trends der vergangenen Jahrzehnte. Könnte es also sein, dass die soziale Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards ein Comeback erlebt? Die Diskussion ist eröffnet. The floor is open. ●

**Karl-Heinz Paqué**

**Paul Collier**  
**Sozialer Kapitalismus!**

Originalverlag: Penguin Random House UK, In Deutschland bei Siedler, Preis: 20 Euro, ISBN: 978-3-8275-0121-9 eBook epub (epub), ISBN: 978-3-641-23342-6





## Blick in die Kinos

**Filme über große Frauen! Das hat es in den letzten Monaten mit seltener Dichte und Intensität gegeben.** In historischer Chronologie: Maria Stuart, legendäre schottische Königin; Mary Shelley, begabte englische Autorin von Fantasy-Stories im 19. Jahrhundert; Colette, französische Schriftstellerin der Zwischenkriegszeit und gefeierte Ikone der Emanzipation; Astrid Lindgren, Kinderbuchgenie und politisches Gewissen Schwedens; Maria Callas, grandiose amerikanisch-griechische Operndiva; und Ruth Bader Ginsberg, Frauenrechtlerin und Richterin am Supreme Court der USA. Allesamt Frauen, die ihren eigenen Weg gingen, und zwar unter Verhältnissen, die es ihnen schwer machten. Sie waren keine Heldinnen der Moral, wohl aber Rollenmodelle ihrer Zeit, die bis heute nachwirken. Schließlich bei der Berlinale der Dokumentarfilm „Amazing Grace“: Aretha Franklin, die Königin des Soul, in einem bewegenden Gospelkonzert 1972. Sie sang wie keine Zweite für Freiheit und Respekt – als schwarze Frau im von weißen Männern dominierten Amerika. Fazit: eine großartige Sequenz von Filmen über Frauen. Zugegeben, nicht jeder der Streifen kann überzeugen. Aber alle regen an. Unser Wunsch an die Filmemacher: mehr davon! **Karl-Heinz Paqué**

## Drei Väter



Nach den erfolgreichen Podcasts „Stimmenfang“ und „Sascha Lobo“ startete Spiegel-Media im März seinen dritten Podcast Drei Väter. Die Journalisten Jonas Leppin (*Spiegel*), Axel Rahmlow (*Deutschlandfunk Kultur*) und Markus Dichmann (*Deutschlandfunk Nova*) sprechen einmal wöchentlich über ihr Dasein als Väter. Dabei kommen die (vermeintlich) existenziellen Fragen der Vaterschaft in der heutigen Latte-macchiato-Gesellschaft zur Sprache: Was sind meine eigenen Ansprüche als Vater? Was erwartet die Gesellschaft und – noch viel wichtiger – die Mutter des Kindes von mir? Und wie verhält man sich eigentlich im Kreißsaal? „Drei Väter“ bietet Einblicke in das Leben und die ganz persönlichen Gedanken junger Großstadtväter. Angereichert mit humorvollen Anekdoten und Experteninterviews rund um die Themen Schwangerschaft, Geburt und Erziehung, ist „Drei Väter“ ein Podcast für junge deutsche Großstadteltern – und solche, die es werden wollen. **Jordi Razum**



## „Freedom tastes like reality ...“: 50 Jahre „Tommy“ von The Who

Der 23. Mai 1969 war ein entscheidender Tag in der Geschichte der Pop- und Rockmusik. Das Aufbegehren vieler junger Menschen Ende der 1960er-Jahre hatte auch die populäre Musik, die „Popmusik“ erfasst. Auch wenn die Radiostationen weiterhin die eher softeren Töne spielten – es drängten nun andere, härtere, verspieltere Töne in den Vordergrund der Jugendkultur. Dann erschien im Mai ein Album, das den Rahmen sprengen und die Dimensionen erweitern sollte. Pete Townshend, Gitarrist, Sänger und Mastermind der Band „The Who“, spätestens seit der Hymne „My Generation“ längst etabliert, erschuf mit „Tommy“ mehr als ein Musikalbum. Es ist eine Freiheits- und Befreiungsgeschichte, was die Hauptperson angeht. Und es war und ist eine Befreiungsgeschichte für die moderne Musik, eine „Rockoper“, die sich schwer beschreiben lässt. Vordergründig geht es um einen blinden, tauben und stummen Jungen, der sich im Heranwachsen als Flipperchampion zeigt, eine große Anhängerschaft sammelt und sich dann von seinem Schicksal befreit, um nicht daran zu scheitern.

Die Platte ist ein Naturereignis, nicht nur musikhistorisch, sondern auch musikalisch. So wie andere Musikstile zuvor, etwa der Blues oder der American Protest Song, wurde hier die Popmusik politisch, kritisch und wurde zum Rock. „Pop entwickelte sich und wurde zum Barometer sozialer Veränderung“, schreibt Townshend. Mit seiner konzeptuellen und musikalischen Einzigartigkeit ist das Album Tommy dabei das Scharnier zwischen dem Gestern und dem Morgen der Pop- und Rockmusik und speziell mit dem Song „I’m Free“ die Hymne für die persönliche Freiheit.

**Thomas Volkmann**



**The Who**  
**Tommy**  
auf Polydor



# Die Kraft des Grundgesetzes

Die ehemalige Bundesjustizministerin schreibt einen flammenden Appell für den Schutz unserer persönlichen Freiheitsrechte.

**D**ieses Buch ist eine aktuelle, eine wichtige Publikation, ein eindrückliches Warnsignal gegen die fortschreitende Erosion der Freiheit in einer Welt, die sich in einer bedrohlichen Zeitenwende befindet. Angst greift um sich und gefährdet unsere freiheitliche Gesellschaft, insbesondere dann, wenn sie unberechtigt ist und dennoch politisch instrumentalisiert wird. Schon immer wurde mit der Angst Politik gemacht – in der Zeit der RAF, in den verschiedenen Phasen des Terrorismus, des Zustroms von Flüchtlingen. Heute hat die Angst einen neuen Nährboden in weltweiten Krisen. Die demokratische Grundordnung wird von wachsenden Minderheiten, die zu Extremismus und Rassismus neigen, infrage gestellt. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger legt in ihrem Buch dar, welche identitätsstiftende Kraft dem Grundgesetz zukommt. Das Werk ist ein flammender Appell, das Grundgesetz zu schützen, indem man es lebt.

Schwerpunkte setzt die Autorin bei den Gefahren für Privatheit und Selbstbestimmung, die von den neuen Kommunikationstechniken ausgehen. Dabei wird auch

dem Nichtjuristen die mitunter komplizierte Materie verständlich nahegebracht. Die Autorin zielt darauf, dem Leser zu verdeutlichen, wie sehr er selbst von den Entwicklungen betroffen ist. Für viele Leser wird das Buch ein Augenöffner sein, um diese fundamentalen Gefährdungen zu erkennen, sich so gut es geht selbst zu schützen, vor allem aber den Schutzauftrag des Staates einzufordern, dessen Umsetzung das Bundesverfassungsgericht für unverzichtbar notwendig hält. Das Buch behandelt umfassend alle Streitpunkte und Gefährdungen bis hin zu den heute noch nicht überschaubaren Folgen der künstlichen Intelligenz. In den vergangenen Jahren war das Grundgesetz oft nur mithilfe des Bundesverfassungsgerichts zu verteidigen. Die Autorin analysiert diese Entwicklung. Wichtige Urteile sind von Liberalen initiiert worden. Immer wieder überschreitet der Gesetzgeber die Grenzen. Erneut hat sich die Autorin gemeinsam mit anderen Liberalen jetzt an Karlsruhe gewandt. Wieder geht es unter anderem um den Computer, der ja vielfach „ein Seelendepot“ (Hirsch) der Menschen ist, und um die anlasslose Vorratsdatenspeicherung.

Die neuen Kommunikationstechniken sind eine Verführung für die Sicherheitsorgane, die Überwachung auf Kosten unbescholtener Bürger auszuweiten. Stichworte: Videoüberwachung, biometrische Gesichtserkennung und der ganze Komplex der zum Teil verfassungswidrigen Polizeigesetze. Immer wieder geht es darum, Angriffe abzuwehren, wie sie beispielsweise von dem Entwurf eines neuen Verfassungsschutzgesetzes ausgehen. Die europäische Datenschutzgrundverordnung, ein weltweit viel beachteter Meilenstein zum Schutz der Privatheit, wird von der Autorin zu Recht gegen ungerechtfertigte Angriffe verteidigt. Das ganze Buch ist ein Lehrstück dafür, wie das verletzbare Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit in immer neuen Situationen bewahrt werden muss.

Die Autorin befasst sich nicht nur mit den Gefahren für die Freiheit durch staatliche Eingriffe, sondern auch durch private Datensammler und -verwerter. Sie sind eine der Nachtseiten des an sich chancenreichen digitalen Fortschritts. Sie betreiben mit unvorstellbarer wirtschaftlicher Macht einen Überwachungs-kapitalismus. Längst wird die Meinungsbildung in unseren Demokratien von diesen Datengiganten manipuliert.

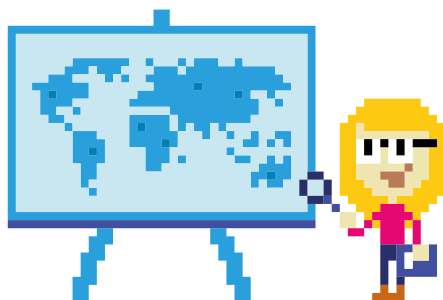
In dem Buch wird auch deutlich: Die Großen Koalitionen waren und sind nicht Anwälte des Rechtsstaats. Umso wichtiger sind die Rechtsstaatsinitiativen der Friedrich-Naumann-Stiftung. Insofern ist das Buch auch ein Appell an die Politik. ●

**Gerhart R. Baum, Bundesminister a.D.**

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger macht mit ihren Aktivitäten der letzten Jahrzehnte, mit ihrer rechtsstaatlichen Überzeugungstreue und mit ihrem nicht nachlassenden Kampf um die Bürgerrechte deutlich, wie sehr deren Schutz zum Markenkern liberaler Politik gehört.**

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
**Angst essen Freiheit auf** – Warum wir unsere Grundrechte schützen müssen, wbv Theiss, 208 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-8062-3891-4





# Gamification in deutschen Schulen

Durch Spaß am Lernen können effiziente und motivierende Ergebnisse erzielt werden. Auf den klassischen Wegen gelingt das leider kaum. Abhilfe verspricht das Konzept der Gamification. Richtig eingesetzt, hat Gamification das Potenzial, den deutschen Schulunterricht nachhaltig zu modernisieren, meint Bildungsforscherin Sonja Ganguin.

**A**n den Lehrern (allein) liegt es selten. 90 Prozent der befragten Lehrer outeten sich bereits vor fünf Jahren in einer Umfrage des IT-Verbands Bitkom als „Technik-Fans“ oder zumindest digitalen Trends gegenüber sehr aufgeschlossen. Die Offenheit und Neugierde stehen allerdings im krassen Gegensatz zum grauen digitalen Schulalltag. Vielerorts ist der Beamer mit weitem Abstand noch immer das am häufigsten eingesetzte technische Hilfsmittel. Dabei braucht es für die Weichenstellung hin zur digitalen Schule nicht nur Geld und neue Hardware, sondern auch eine zeitgemäße Form der Wissensvermittlung. Tablets oder Whiteboards allein genügen nicht.

Freude beim Arbeiten und Lernen lässt sich gerade durch Spiele fördern. Die Affinität der Pädagogik zum Spiel ist nicht neu. Innovativ sind allerdings didaktische Ansätze, digitale Spiele auch für das formale Lernen im Unterricht einzusetzen. Kurz gesagt geht es bei der Gamification darum, bekannte Elemente und Mechanismen aus Computerspielen auf ein nicht-spielerisches Umfeld zu übertragen – etwa auf den Schulunterricht. Drei Faktoren

sind dabei entscheidend: Feedback, Herausforderung und Community.

Feedback kann auf unterschiedliche Arten erfolgen: in Form von Fortschrittsbalken, Ranglisten oder (Erfahrungs-) Punkten. Eine weitere Möglichkeit sind Auszeichnungen: Sie werden für bestandene Aufgaben verliehen und visualisieren somit den Spielfortschritt. Das ermöglicht auch den Vergleich mit anderen Spielern. Zweitens spielen Herausforderungen eine besondere Rolle. Die Herausforderung kann in einem übergeordneten Endziel liegen – zum Beispiel: „Rette die Prinzessin!“. Daneben fordern einzelne Level die Nutzer während eines Spiels immer wieder positiv heraus. Schließlich gibt es Community-Elemente: Wie bei kommerziellen Onlinespielen sind die Nutzer hier miteinander verzahnt und lösen gemeinsam knifflige Aufgaben.

Das Programm „Classcraft“ etwa wurde vorrangig für den Schulunterricht entwickelt und will nach eigenem Versprechen „Leben in den Unterricht bringen“. Doch der entscheidende Unterschied zwischen Spiel und Schule: Spiele beruhen auf Freiwilligkeit, der Schulunterricht dagegen nicht. Trotz dieser Ausgangslage

bauen Anwendungen wie „Classcraft“ in zweifacher Hinsicht auf die Freiwilligkeit ihrer Nutzer: Zum einen soll das spielerische Arrangement zusätzliche Anreize bieten, neben neu hinzukommenden, spieleigenen Regeln auch die bereits bestehenden einzuhalten – und das aus freien Stücken. Zum anderen soll die Anwendung die Schüler dazu bewegen, „die Extrameile zu gehen“ und beispielsweise eine aufgetragene Aufgabe nicht nur fristgerecht zu erledigen, sondern dies auch schneller und mit besserem Ergebnis zu tun und darüber hinaus bestenfalls weitere freiwillige Aufgaben zu erfüllen.

Der Blick in die Praxis zeigt jedoch: Noch gibt es ein großes Missverhältnis zwischen den vorliegenden Produkten und den technischen wie kreativen Potenzialen der Gamification. Seit der ersten wissenschaftlichen Erwähnung im „NMC Horizon Report“ 2011 hat sich wenig getan. Von einer hohen strukturellen Implementierung ist man noch weit entfernt. Der Mangel an konkreten Projekten scheint demnach weniger enttäuschten Erwartungen geschuldet als vielmehr konzeptionellen Schwierigkeiten bei der Überführung theoretischer Annahmen in die Realität des deutschen Unterrichts. ●



**SONJA GANGUIN** ist Professorin für Medienkompetenz- und Aneignungsforschung am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Direktorin des Zentrums für Medien und Kommunikation (ZMK) an der Universität Leipzig. Sie promovierte zum Thema „Computerspiele und lebenslanges Lernen“ und ist Expertin für die Bereiche E-Learning und Medienpädagogik.

# Wahl der guten Hoffnung

Seit dem Ende der Apartheid in den Neunzigerjahren wird Südafrika vom African National Congress (ANC) regiert. Doch die einstige Aufbruchstimmung ist verflogen. Das Land versinkt in politischen Skandalen und Korruption, die Wirtschaft liegt darnieder. Hoffnungsträger bei den Parlamentswahlen am 8. Mai ist die Democratic Alliance (DA) unter Führung des jungen charismatischen Mmusi Maimane, des „Obama Südafrikas“. Die Wahlbeteiligung spielt dabei eine paradoxe Rolle.w

**Stephen Grootes**



# A

n einem Montag im März tat Cyril Ramaphosa, der seit einem Jahr amtierende Präsident Südafrikas, was viele Präsidenten im Wahlkampf tun: Er mischte sich

unters Volk und begleitete Pendler auf dem Weg zur Arbeit. Hierzu nahm der ANC-Politiker zur morgendlichen Stoßzeit einen Zug. Der Zug war - wie so oft in Südafrika - hoffnungslos überfüllt. Die Fahrgäste hingen hinten am Waggon, hielten sich an Fenstern und Türen fest oder fuhren auf dem Dach sitzend mit. Dem Zug geschah dann, was vielen Zügen auf der Strecke ebenfalls fast täglich geschieht: Er blieb stecken. Für die Strecke von 50 Kilometern benötigte er mehr als drei Stunden.

Diese Anekdote versinnbildlicht Südafrikas aktuelle Lage. Alles stockt. Überall haben die Bürger jede Menge Grund, sich zu beschweren und zu klagen. Sie klagen über die Korruption, die von der Regierung und dem ANC ausgeht. Sie klagen darüber, dass man Schmiergelder zahlen muss, um einen Termin für die Führerscheinprüfung zu bekommen. Sie klagen darüber, wie viel Geld während der Präsidentschaft von Ramaphosas Vorgänger Jacob Zuma in dunkle Kanäle floss und gestohlen wurde. Sie klagen, wie es der Wahlkämpfer Ramaphosa nun im Pendlerzug zu hören bekam, über die katastrophale Verfassung der öffentlichen Verkehrsmittel. Sie klagen über die Rationierung von Trinkwasser. Zunehmend klagen sie auch über die unzuverlässige

Stromversorgung. Eine mobile App, die angibt, wann man im Dunkeln sitzen wird, ist bereits mehr als 500.000-mal heruntergeladen worden.

## Schwierig zu regierendes Land

Südafrika ist schwierig zu regieren. Anders als in vielen europäischen Ländern besteht ein sehr geringes Maß an kultureller Homogenität. Südafrika ist unglaublich vielfältig. Die Verfassung erkennt elf offizielle Sprachen an, aber es gibt derer rund 35. Ein charakteristisches Merkmal der Gesellschaft ist die Ungleichheit: Die meisten Weißen gehören der Mittelschicht an und sind vergleichsweise wohlhabend, während die Schwarzen mehrheitlich in Armut verharren. Millionen Menschen fristen ihr





Dasein in Elendsvierteln, in Bretterbuden und Wellblechhütten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch. Schätzungen zufolge ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. Das sind größtenteils die Spätfolgen der Apartheid: Schwarze Mitbürger konnten kein Kapital ansparen und eigenen Wohlstand aufbauen. Und unter Zuma ging es für sie auch nicht aufwärts. Die Jahre seiner Präsidentschaft gelten als vergeudete Zeit.

#### DA fordert ANC heraus

Die wirtschaftliche und politische Situation des Landes würde jede Regierungspartei, die ihre Amtszeit verlängern möchte, vor große Herausforderungen stellen. Für den ANC aber ist die Lage aufgrund seiner politischen Positionierung sogar noch komple-

xer. Seit 1994 regiert er als Partei der Mitte. Sein bekanntester Slogan lautete „A Better Life for All“. Die Partei strebte an, in allen gesellschaftlichen Lagern Stimmen zu gewinnen. Sie erreichte dieses Ziel viele Jahre. Inzwischen wird sie jedoch von rechts und links in die Zange genommen.

Rechts vom ANC findet sich die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), ein Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die meisten DA-Wähler gehören der Mittelschicht an. Sie sind in der großen Mehrheit weiß und leben in den Städten. Seit 2015 aber ist ein Schwarzer Parteivorsitzender. Er schlägt die notwendige verbindende Brücke.

Die Kundgebungen und Wahlkampfveranstaltungen der DA locken mittlerweile

Tausende von schwarzen Wählern an. Die Partei hat besonders von ihrem Widerstand gegen Zuma profitiert und gewinnt zunehmend Stimmen der schwarzen Mittelschicht in den Städten. Sie ging in Johannesburg und Tshwane (Pretoria) siegreich aus den Kommunalwahlen 2016 hervor und konnte die Regierungsgeschäfte übernehmen; eine Zeit lang auch in Port Elizabeth in der Provinz Ostkap. In der Provinz Westkap stellt die DA schon seit zehn Jahren die Regierung und hat viel Anerkennung dafür gewonnen, dass die Provinz besser verwaltet wird als jede andere. In den letzten nationalen Wahlen 2014 vereinigte die DA 22 Prozent der Stimmen auf sich. In diesem Jahr dürfte es allen Umfragen zufolge ein deutlich größerer Anteil werden.

Links vom ANC haben die Economic Freedom Fighters (EFF) unter Führung von Julius Malema ihr Lager aufgeschlagen. Gemeinsam mit anderen führenden EFF-Mitgliedern wurde Malema 2012 aus dem ANC ausgeschlossen. Er ist ein radikaler Hitzkopf, der Menschen beleidigt und häufig Rasse als politisches Kampfmittel einsetzt. Auf einer Veranstaltung rief er: ▶



Hoffnungsträger: Mmusi Maimane ist Fraktionsvorsitzender der Democratic Alliance und Oppositionsführer in der Nationalversammlung. Er will bei den anstehenden Parlamentswahlen den ANC ablösen.



Große Fußstapfen: Mmusi Maimane, hier beim Parteikongress der Democratic Alliance im vergangenen Jahr, hat sich Großes vorgenommen. Er will die soziale Kluft zwischen Schwarz und Weiß schließen und so die zerrissene Republik am Kap wieder einen. Nicht wenige politische Beobachter des Landes trauen ihm das zu. Einige vergleichen Maimane bereits mit Nelson Mandela und dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama.

„Wir rufen nicht zum Abschlachten der Weißen auf – jedenfalls noch nicht.“

### Spaltpilz Korruption

Neben DA und EFF gibt es Dutzende kleinerer Parteien, von denen einige nur ein Prozent der Stimmen auf sich vereinigen oder über buchstäblich gerade einmal fünf Mitglieder verfügen. Den beiden großen Oppositionsparteien die Stirn zu bieten würde für jede Regierungspartei eine Herausforderung bedeuten. Für den ANC jedoch ist die Situation deshalb besonders schwierig, weil er aufgrund seiner internen Spaltungen fast wie zwei unterschiedliche Parteien unter einem Dach auftreten muss. Die Ursache für diese Spaltungen finden sich im Vorlauf des umstrittenen ANC-Parteitages

vom Dezember 2017, der nach dem Veranstaltungsort kurz als Nasrec-Parteitag bezeichnet wird. Der damalige Präsident Zuma hatte zuvor Minister entlassen, die aus Sicht der Öffentlichkeit gegen die Korruption vorgingen. Die Partei zerfiel danach in die Unterstützer Zumas und seine Gegner, die endlich etwas gegen die Korruption unternehmen wollten. Nkosazana Dlamini-Zuma, eine ehemalige Ehefrau Zumas, und Ramaphosa, damals Vizepräsident, wetteiferten um die Nachfolge des Parteichefs. Mehr als 5.000 Delegierte der Orts- und Provinzverbände gaben ihre Stimmen ab. Nach der Auszählung wurde Ramaphosa neuer Parteichef – aber nur mit einem Vorsprung von 179 Stimmen gegen das Zuma-Lager.

Zu einer institutionellen Spaltung des ANC, wie sie sich unter anderem der DA-Chef Maimane wünscht, ist es noch nicht gekommen. Doch wie zerrissen der ANC seitdem ist und wie weit noch immer der Einfluss der Anhänger Zumas reicht, zeigt ein Blick auf die Wahllisten. Dort finden sich die Namen vieler Zuma-Verbündeter – ein herber Misserfolg für Ramaphosa. Es ist ihm nicht geglückt, sich parteiintern durchzusetzen, sich die Loyalisten seines Vorgängers vom Leib zu halten und ihren Einfluss einzuschränken. Folglich ist denkbar, dass die ANC-Fraktion im Parlament Ramaphosas Vorhaben für die Zeit nach den Wahlen unterminiert. Da es aber Ramaphosa nicht gelingt, die Korruption gerade in den obersten Regierungs- und Parteikreisen wirksam



zu bekämpfen, verschlechtert sich das Ansehen des ANC stetig. Das könnte sein Wahlergebnis erheblich beeinträchtigen. Und das wiederum würde nichts Gutes für Ramaphosas Handlungsspielraum und Gestaltungsfähigkeit im Anschluss an die Wahlen bedeuten.

### Politische Identität im Wandel

Insgesamt zeichnet sich vor diesem Hintergrund ein historischer Umbruch in Südafrika ab: Die „politische Identität“ wandelt sich. Das heißt, das politische Selbstverständnis der Menschen ist nicht mehr ganz so unauflöslich wie einst an die Hautfarbe gebunden. Daran hat die DA, die sich darum immer aktiv bemüht hat, großen Anteil. Es ist heute nicht mehr so, dass sich der ANC auf die „Befreiungsdividende“ verlassen kann. Lange genug waren viele Menschen der Partei für ihren Beitrag zur Befreiung von der Apartheid 1994 derart dankbar, dass sie ihr ohne zu zögern ihre Stimmen schenkten und nicht im Traum daran dachten, für eine andere Partei zu stimmen - und damit blieb der ANC die Partei der Schwarzen. Aber im Laufe der Zeit hat sich die Gesellschaft gewandelt. Eine schwarze Mittelschicht ist entstanden, die in die ehemals weißen Vororte umgezogen ist. Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und die relative ökonomische Position gewinnen an Bedeutung. Die Wähler sind kritischer und anspruchsvoller geworden. Ihr Durchschnittsalter ist stark gesunken, und die jüngere Generation wählt anders als ihre Eltern. Sie ist im Heute angekommen. Die Erinnerungen an den langen Kampf gegen die Apartheid verblasen und bestimmen nicht mehr die politische Diskussion.

Statt um die weitere Aufarbeitung der Vergangenheit geht es für die Schwarzen wie für die Weißen in der Politik heute um drängende Gegenwartsthemen wie die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, die allgemeine Wirtschaftslage - und die Korruption. Außerdem wollen sie, dass der Strom nicht mehr ausfällt und dass das fließende Wasser nicht versiegt. Lang gepflegte und gehegte Loyalitäten bröckeln. Zum ersten Mal in Südafrikas neuerer Geschichte gibt es eine große Zahl an Wech-

selwählern. Viele davon richten nunmehr ihr Augenmerk auf die DA.

Bisher war die Wahlbeteiligung in Südafrika immer vergleichsweise hoch. Nach Angaben von Meinungsforschern könnte die Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Wahlen jedoch auf ein Rekordtief fallen - und damit wahlentscheidend sein. Eine Umfrage des Forschungsinstituts IPSOS ergab, dass bis zu acht Millionen Menschen möglicherweise nicht wählen werden. Viele der Nichtwähler sind jünger als 35 Jahre. Häufig handelt es sich dabei um Jugendliche, die keine Arbeit haben und möglicherweise auch keine Aussicht darauf haben, jemals zu arbeiten.

### Wahlbeteiligung wird entscheiden

Bei den Kommunalwahlen 2016 hatte die Wahlbeteiligung eine gewaltige Auswirkung. Natürlich lässt sich das nicht direkt vergleichen, da es nur um die Kommunalverwaltung in den Städten und Gemeinden ging und nicht um die Regierungen der Provinzen und die Nationalregierung - aber trotzdem ist das Beispiel instruktiv. Die DA jedenfalls konnte nach den Kommunalwahlen deshalb die Regierungsgeschäfte in Johannesburg und Tshwane übernehmen, weil städtische schwarze Stimmberechtigte, die bisher den ANC unterstützt hatten, den Wahlen fernblieben, teils aus Protest gegen Zuma. Umgekehrt, und ebenfalls wegen Zuma, war die Wahlbeteiligung zugunsten der DA in den Vororten außerordentlich hoch. Somit ist eine der entscheidenden Fragen für die bevorstehenden Wahlen, ob die Stimmberechtigten, die 2016 wegblieben, jetzt an die Wahlurne zurückkehren. Wenn ja, dann könnte der ANC sein Ergebnis womöglich steigern. Doch wenn die Wahlbeteiligung tatsächlich auf ein Rekordtief fällt, dürfte sich das zu seinen Lasten auswirken und der DA auf paradoxe Weise weiteren Auftrieb geben.

Zurzeit sind die Umfragen noch uneindeutig. Keine Umfrage sagt voraus, dass der ANC die Wahlen auf nationaler Ebene vollumfänglich verlieren könnte. Doch

mehrere Institute rechnen nur mit einem knappen Sieg des ANC. Das Gesamtergebnis könnte stark vom Wahlausgang in der Provinz Gauteng abhängen, dem industriellen Kernland Südafrikas. Falls der ANC diese Provinz verliert, muss er womöglich national eine Koalition zusammenstellen.

### Nach der „Ramaphoria“

Als es Ramaphosa im vergangenen Jahr gelungen war, Zuma aus dem Amt zu drängen, erfasste die Südafrikaner zunächst eine Welle der Begeisterung, im Volksmund umgehend „Ramaphoria“ getauft. Der Präsident ist beliebt und wird anders als seine Partei, in der viele Amtsträger korrupt sind, selbst als „clean“ betrachtet. Er hat auch bei den Unternehmern Anklang gefunden, weil er als marktfreundlich gilt. Binnen eines Jahres seiner Präsidentschaft ist die Begeisterung dennoch weitgehend verflogen. Es



Abgehängt: Die schwarze Bevölkerung in Südafrika steht im Abseits. Das schürt immer wieder Rassenkonflikte in dem Land, das mit Korruption und Misswirtschaft zu kämpfen hat.

geht nicht wirklich voran im Land. Die Menschen wünschen sich eine bessere Zukunft für ihre Kinder. Für viele ist das drängendste Bedürfnis erst einmal ein Arbeitsplatz. In den Wahlen geht es damit vor allem um Hoffnung: um die gute Hoffnung, dass die Probleme Südafrikas endlich einer Lösung entgegengehen. ●

**STEPHEN GROOTES** (Jahrgang 1975) gilt als profilierter Journalist und Politikbeobachter in seinem Heimatland Südafrika. Er ist Moderator einer renommierten Morgensendung des Radiosenders *Talk Show* und er schreibt für die Online-Publikation *Daily Maverick*.



## Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Walter Scheel

**18:00 Uhr • Düsseldorf, Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarsaal**

Am 8. Juli 2019 würde Walter Scheel 100 Jahre alt. Diesen Jahrestag nimmt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum Anlass, seine Lebensleistung als Bundespräsident, Bundesminister, Bundestagsabgeordneter, FDP-Bundesvorsitzender, Europaabgeordneter und Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen sowie sein Wirken als stellvertretender Vorsitzender und Kuratoriumsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung zu würdigen. In seinem Heimatbundesland wollen die Stiftung und die FDP-Landtagsfraktion NRW an den liberalen Politiker und Staatsmann Scheel erinnern.

## 8. Mai „Mein Kampf ist zurück“ – historisch-politische Aufklärung

**18:00 – 20:00 Uhr • Gymnasium Am Sonnenberg, Am Sonnenberg 1, Crivitz**

70 Jahre nach Hitlers Tod sind die Urheberrechte an dessen Buch „Mein Kampf“ erloschen. Dr. Roman Töppel hat in einem fünfköpfigen Historikerteam „Mein Kampf“ in mehrjähriger Arbeit umfassend aufbereitet. Angesichts des hohen Symbolwerts, den Hitlers Buch noch immer hat, ist die Entmystifizierung von „Mein Kampf“ auch ein Beitrag zur historisch-politischen Aufklärung. Wir laden Sie herzlich zum Mitdiskutieren ein!

## 18. Mai 14. Karlsruher Verfassungsdialog – 70 Jahre Grundgesetz – Bewährt sich unsere Verfassung im Stresstest?

**11:00 – 15:30 Uhr • Industrie- und Handelskammer (IHK), Lammstraße 13–17, Karlsruhe**

Der 70. Geburtstag des Grundgesetzes gibt uns nicht nur Anlass zum Feiern, sondern auch zur selbstkritischen Diskussion um die Zukunft unserer Verfassung. Im Rahmen des diesjährigen Karlsruher Verfassungsdialogs stellen wir daher zwei Fragestellungen ins Zentrum der Diskussion: Wie stabil ist unsere Verfassung in Zeiten des Populismus? Und sind unsere Grundrechte – 70 Jahre nach Gründung des Grundgesetzes – in Gefahr und wie kann man sie verteidigen?

## 10. Mai „Animate Europe“ Ausstellung des Comicwettbewerbs

**18:00 – 20:00 Uhr • Dr.-Julius-Leber-Straße 3–7, Lübeck**

Wir laden herzlich zur offiziellen Einweihung des neuen Länderbüros Norddeutschland ein, verbunden mit einer Vernissage der Ausstellung der Ergebnisse des aktuellen Comicwettbewerbs „Animate Europe“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

## 30. Juni Liberales Bodensee-Treffen 2019

**10:30 – 15:00 Uhr • Bodenseeforum Konstanz, Reichenaustraße 21, Konstanz**

Beim diesjährigen Liberalen Bodensee-Treffen mit Liberalen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz diskutieren wir die Beziehungen der EU mit der Schweiz. Auch in diesem Jahr wird damit die seit 1972 bestehende Tradition dieser grenzübergreifenden Veranstaltungsreihe fortgesetzt.

## 19. Juni Townhall-Meeting mit Abiturienten in Kooperation mit Herausforderung Zukunft e. V.

**12:00 – 13:30 Uhr • Rotunde, Konrad-Adenauer-Platz 3, Bochum**

Christian Lindner diskutiert in Bochum mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die aktuellen politischen Herausforderungen im modernen Diskussionsformat.



Weitere Termine unter [freiheit.org](http://freiheit.org)



# 12 Juni

„30 Jahre Friedliche Revolution“

18:00 – 19:30 Uhr • Leipzig

2019 jährt sich die sogenannte Friedliche Revolution in der ehemaligen DDR zum 30. Mal. Die Veranstaltung erinnert an die Protestbewegung, die einen unerwartet friedlichen Systemwechsel einleitete. Gewürdigt werden soll auf der Veranstaltung, bei der Christian Lindner als Redner vorgesehen ist, auch der Mut der Regimegegner und Bürger der DDR, die für die Freiheit in Kirchen und auf den Straßen der DDR protestierten.



# 19 Juni

In Kooperation mit dem AStA der Ruhr-Uni

Politiker im Hörsaal ft. Christian Lindner

14:00 – 15:30 Uhr • Bochum, Ruhr-Universität

Im Rahmen der Reihe „PolitikerInnen im Hörsaal“ stellt sich Christian Lindner den Fragen der Studierenden an der Ruhr-Uni.

## IMPRESSUM

**liberal** • Das Magazin für die Freiheit

**Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin**

**Herausgegeben von** Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter, Bettina Stark-Watzinger, Michael Link

**Beirat:** Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

**Chefredaktion:** Anders Mertzlufft

**Redaktion:** Florian Baumann, Antonia Eser-Ruperti, Jordi Razum, Thomas Volkmann, Annett Witte

**Autoren dieser Ausgabe:** Gerhart R. Baum, Nora Bossong, Sonja Ganguin, Christoph Giesa, Stephen Grootes, Pascal Kober, Anna Marti, Malliga Och, Thomas Straubhaar, Hend Taher

**Adresse:** Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49  
redaktion@libmag.de, www.libmag.de

**Gesamtherstellung:** planet c GmbH  
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf  
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

**Verlagsgeschäftsführung:** Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Jan Leiskau

**Redaktionsleitung:** Florian Flicke

**Grafik/Bildredaktion:** planet c

**Projektleitung:** Holger Löwe

**Anzeigen:** Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

**Litho:** TiMe GmbH

**Druck:** Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

**Bezugsbedingungen:** Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über [abo@libmag.de](mailto:abo@libmag.de)

**liberal im kostenlosen Abonnement:**  
[shop.freiheit.org/#Liberal/](http://shop.freiheit.org/#Liberal/)



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.



## 10 FRAGEN AN

## Ria Schröder

*Seit Marcel Proust sind Fragebögen das beste Mittel, um prägende Persönlichkeiten in aller Kürze näher kennenzulernen. liberal bittet an dieser Stelle ab sofort zum schnellen Kreuzverhör.*

**Ria Schröder** (\*1992 in Boppard am Rhein) studierte Rechtswissenschaften in Hamburg und arbeitet als Juristin in einer Kanzlei. Seit 2018 ist sie Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen. In ihrer Funktion kämpft sie für eine generationsgerechte Politik, besonders bei Bildung, Rente und Digitalisierung.

### Wo trifft man Sie besonders häufig an?

Vermutlich im Zug zwischen Hamburg und Berlin.

### Welches Buch oder welcher Kinofilm

#### hat Sie zuletzt begeistert?

Zum Geburtstag habe ich „Good Night Stories for Rebel Girls“ geschenkt bekommen. Ich finde, jedes Kind sollte das vorgelesen bekommen: Die darin vorgestellten Heldinnen sind wahre Inspirationen für Jungen und Mädchen.

### Die momentan spannendste Initiative?

Die #ClapForCrap-Kampagne. Sie liefert ein Mittel gegen die Sprachlosigkeit, die viele beklemmt, wenn sie mit diskriminierenden, sexistischen oder rassistischen Äußerungen konfrontiert werden.

### Die Digitalisierung wird ...

... unser Leben weiter verändern. Wir müssen sie mutig gestalten und dafür sorgen, dass die Würde des Einzelnen im Mittelpunkt der Entwicklungen steht.

### Wenn Sie für einen Tag Bundeskanzlerin wären, dann ...

... würde ich ein großes Qualitätssteigerungspaket für die Bildung auf den Weg bringen, BAföG elternunabhängig machen, das Wahlalter auf 16 Jahre senken und dafür sorgen, dass es an wirklich JEDER Milchkanne in Deutschland 5G und Glasfaser gibt. Wir brauchen endlich eine Regierung, die Politik für die Zukunft macht.

### Wer hat Sie am meisten geprägt?

Meine Familie.

### Was steht auf Ihrer To-do-Liste, dass Sie aber nie schaffen umzusetzen?

Der lange Südamerika-Entdeckungstrip mit meinem Freund, weil unsere Terminkalender keinen gemeinsamen Nenner finden.

### Europa ist für mich ...

... meine Heimat. Die Europäische Union ist der Weg, um diese Heimat heute und in Zukunft stark zu machen.

### Was gibt Ihnen das Gefühl, dass Sie gerade das tun, was Sie im Leben tun sollten?

Ich habe begonnen, mich politisch zu engagieren, um etwas zu verändern. Im Ehrenamt sind das oft kleine Schritte, doch wenn mir junge Menschen schreiben, dass meine Arbeit sie inspiriert und sie sich jetzt ebenfalls engagieren wollen, dann bin ich mir sicher, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

### Wann vergessen Sie die Zeit?

Im Museum und bei den seltenen Sonntagsspaziergängen.



FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FEIERT **HEBAMME LINDA**  
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche  
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.  
Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/linda](http://www.pkv.de/linda)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**

# Für die Gemein- schaft da, hier und dort.

Die  
Menschen  
in unserem  
Land können viel  
mehr, als  
sie manchmal  
glauben. Das wird  
besonders  
deutlich, wenn sich viele  
zusammentun, um für eine Sache einzustehen.

Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens  
doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir  
auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn  
ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und  
dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir  
Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für rund 50 Millionen Kunden  
da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So  
stehen wir rund zweieinhalb Millionen **Mittelständlern** zur Seite.  
Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und  
weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will,  
begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft.  
Auf die Zukunft ist auch die **Wirtschaft** in unseren Regionen vorbereitet,  
weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür  
engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir  
wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser  
Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander  
da sein bedeutet, unterstützen wir mit rund 750 regionalen **Stiftungen**  
Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und  
andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab  
es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür  
sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit  
Leidenschaft für die **Gemeinschaft** einsetzen. Und mit  
rund **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da  
gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im  
Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus **Überzeugung**.  
Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir  
alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich  
hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse  
sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer  
verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht  
selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt?  
Nach vorn! Und auf Lösungen für all die kleinen und großen  
Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit  
sich bringen. Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen.  
Erleben auch Sie, wie sinnvoll Gemeinschaftssinn sein kann –  
vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm:  
[www.gemeinsamallemgewachsen.de](http://www.gemeinsamallemgewachsen.de)

TEAM



Top Partner

#GemeinsamAllemGewachsen

